

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands,

Nr. 22.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 29. Mai 1914.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denloerwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

15. Jahrg.

Versehrte Mittel.

Wenn ein Arbeitgeber, dessen hartes soziales Empfinden gerühmt wird, Stellung zu den Fragen der Arbeiterbewegung nimmt, dann verdient diese Stellungnahme seitens der Arbeiterschaft Beachtung. In der Nummer 21 des „Holzarbeiter“ wurde bereits darauf hingewiesen, wie Herr Freese, der Inhaber der belannten Holzflaster- und Falusfabrik in Niederschönhausen, heute grundsätzlich zur sozialdemokratischen Gewerkschaft steht. Es gab allerdings eine Zeit, wo die Praxis des Herrn Freese die heutigen Grundsätze vermissen ließ. Darum, und weil manche der von Freese geäußerten Gedanken uns durchaus richtig erschienen, gaben wir die der „Deutschen Industrie“ entnommenen Auslassungen unter dem Rubrum „Auf dem Wege der Erkenntnis“ wieder. Diese Ueberschrift besagt schon, daß wir nicht der Auffassung sind, Herr Freese sei ganz der Mann unserer Anschauungen. Lediglich diejenigen Ausführungen des Herrn Freeses hielten wir für zweckdienliche Erwägungen, die sich mit dem Verhältnis des Arbeitgebers zur sozialdemokratischen Bewegung in seinem eigenen Betriebe befassen.

Das erste von den anderen „neuen Mittel“, die Freese „zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ vorschlägt, ist völlig untauglich. Freese will die Sozialdemokratie bekämpfen, indem er dafür eintritt, daß das „Unwesen des Streikpostenstehens“, durch polizeiliche Verfügungen beseitigt wird. Wer, wie Freese weiter die Einführung und den Ausbau der Arbeiterausschüsse als Mittel gegen die Sozialdemokratie empfiehlt, der sollte davon überzeugt sein, daß nicht Arbeiterausschüsse an sich, sondern nur die Wirkungen der Arbeiterausschüsse sozialverwundend sein können. Und das dritte Mittel, die Unterstützung der „nationalen Arbeiterbewegung“ besagt heute nur allzu oft, wo es weite Kreise gibt, die nur die absolut und unter allen Umständen „wirtschaftsriedlichen“ Organisationen als „national“ werten, daß man ein Feind jeglicher selbstständigen Arbeiterorganisation ist. Wenn man sieht, wie es Arbeitgeber genug gibt, die mit der nationalen Gesinnung ihrer Arbeiter Schindluder spielen, dann muß man schon klipp und klar sagen, was man jeweils als nationale Organisation ansieht. Leider läßt sich Freese nicht klar genug darüber aus, wie er zur christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft die sich doch auch beide auf nationaler Boden bewegen, steht. So sympathisch die Person des Herrn Freese sonst sein mag, — ein Bild seiner ganzen sozialempfindenden Persönlichkeit läßt sich aus seinen bisherigen Publikationen nicht gewinnen. Es fehlt an der notwendigen Klarheit über seine Stellung zur gewerkschaftlichen Zentralorganisation und zum Streik. Wenn er über „arbeitgeberfeindlichen Gewerkschaften“ schreibt, dann ist man nie im Klaren, ob er darunter nur diejenigen Gewerkschaften versteht, die grundsätzlich die Beseitigung des privaten Unternehmers anstreben, oder auch diejenigen, die zwar die volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des privaten Unternehmers anerkennen und auch praktisch würdigen, aber trotzdem das Recht für den Arbeiter beanspruchen, um eine größere Teilnahme am Arbeitsgewinn mit dem Arbeitgeber zu streiten, zu streifen. Man kann den Eindruck gewinnen, daß Herr Freese seinen Arbeitern nur solange die Freiheit läßt, sich in den Hirsch-Dunderschen oder christlichen Gewerkschaften zu organisieren, als diese keinen Streik in seinem Betriebe unterstützen. Eine klare und entschiedene Stellung in dieser Frage vermissen wir. Wir sind hingegen völlig davon überzeugt, daß er niemals das Recht in Anspruch nehmen wird, sich aktiv in die Angelegenheiten einer Arbeiterorganisation einzumischen, daß es ihm vor allem fernliegt, in seinen Betrieben die Gründung eines sog. Werkvereins zu veranlassen.

Am meisten zu beklagen ist die Tatsache, daß sich Freese an Seite derjenigen Scharmacher geschlagen hat, die das Streikpostenstehen rundweg beseitigt haben wollen. Er betrachtet das Streikpostenstehen als „unzulässiges Mittel“ im Lohnkampf, durch das „nicht nur die Freiheit der beteiligten Fabrikanten und der Personen, die zu ihnen wollen, empfindlich beeinträchtigt wird“, sondern „es wird auch die öffentliche Ordnung dadurch gestört“. Wer so über das Streikpostenstehen urteilt, und der Polizei die radikale Beseitigung des Streikpostenstehens übertragen wissen will, der befindet sich, wenn er zur Bekämpfung der Sozialdemokratie auszieht, auf dem verkehrten Wege. Wer dem Arbeiter das Recht zugestehet, durch Lösung des Arbeitsverhältnisses zwecks Erlangung besserer Lohnbedingungen auf den Arbeitgeber einzuwirken, der muß auch zugeben, daß der Arbeiter andere Personen über seine Bestrebungen unterrichtet. Die persönliche Rücksprache ist vielfach der einzig mögliche Weg dazu. Wenn eine „empfindliche Beeinträchtigung“ darin liegt, daß Personen auf der Straße angesprochen werden, so verlangt es die Konsequenz, daß alles und jedes Ansprechen verboten wird, nicht nur das Ansprechen wegen Streitangelegenheiten. Wir zweifeln daran, daß Herr Freese dafür zu haben sein wird. Warum denn aber sollen streikende Arbeiter unter ein Ausnahmerecht gestellt werden? Wer das will, der ist ein, — wenn auch nur unbewußter — Förderer der Sozialdemokratie. Nichts wirkt verübender in der Arbeiterschaft, als eine ungleichmäßige Behandlung, die Privilegierung von

zweierlei Recht. Zum guten Teil verdankt die Sozialdemokratie in Deutschland dem ihre Erfolge. Wenn Herr Freese erklärt, daß durch das Streikpostenstehen die öffentliche Ordnung gestört wird, so verallgemeinert er. Gewiß, wo die öffentliche Ordnung gestört wird, da soll die Polizei eingreifen; dafür ist sie da. Ist denn aber die öffentliche Ordnung bei jedem Streikpostenstehen gestört? Man soll doch nicht die öffentliche Ordnung für gleichbedeutend halten, mit dem Wunsch des Arbeitgebers, nach müheloser Heranziehung von Arbeitswilligen! Wo aber wirklich die öffentliche Ordnung gestört wird, da hat jeder vernünftige Arbeiter ein Interesse daran, daß sie wieder hergestellt wird. Will man, um tubala rasa zu machen, die Ursache der Störung beseitigen, dann darf man in den allermeisten Fällen diese Ursache nicht im Streikpostenstehen suchen, sondern in der Skandalstucht des Mobs, der provozierenden Haltung der „Arbeitswilligen“ in der Nervosität des Arbeitgebers und gar nicht selten auch in der Nervosität der Polizei, die nur zu häufig in jedem Streikenden einen Verbrecher erblickt, der unschädlich gemacht werden muß. Ist aber wirklich die streikpostenstehende Person die Ursache der Störung, hat sie die Störung durch unerlaubte Mittel herbeigeführt, so steht einer Bestrafung nach den für alle Staatsbürger geltenden Strafbestimmungen nichts im Wege. Wer mehr verlangt, der beugt das Recht zugunsten des Arbeitgebers, zu ungunsten des Arbeiters, und liefert Wasser auf die sozialdemokratische Mühle. Hoffentlich lernt Herr Freese einsehen, daß er mit seinem Vorschlag zur Beseitigung des Streikpostenstehens gerade das Umgekehrte von dem erreicht, was er bezwecken wollte. Schon allein die Tatsache, daß diejenigen selbständigen Arbeiterverbände, die in schärfstem Gegensatz zur Sozialdemokratie stehen, Gegner des gesetzlichen und polizeilichen Verbots des Streikpostenstehens sind, sollte Herrn Freese davon überzeugen, daß er in diesem Falle nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen die Arbeiter kämpft.

Als zweites Mittel gegen die Sozialdemokratie empfiehlt Herr Freese Arbeiterausschüsse. Ueber den Wert gutfunktionierender Arbeiterausschüsse sind wir christlichen Gewerkschafter mit Herrn Freese einig. Arbeiterausschüsse können ohne Zweifel viel Gutes wirken. Aber nicht an sich wirken die Arbeiterausschüsse zu einem besseren Verstehen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. „Der Geist ist's, der lebendig macht.“ Räumt der Arbeitgeber den Arbeiterausschüssen keine Rechte ein, betrachtet er sie lediglich als Dekorum, so haben sie absolut keinen Wert. Die Arbeiterausschüsse werden in den allermeisten Fällen ein Spiegelbild der sozialen Denkart des Arbeitgebers sein. Betrachtet dieser die Arbeiter als Arbeitsmaschinen, die zu nichts anderem da sind, als ihre Arbeit zu leisten, so wird der Arbeiterausschuss, der geschaffen wurde, weil es nun einmal zum guten Ton gehört, wertlos sein. Insbesondere wird er nicht vermögen, die Klagengegenstände zu überbrücken und dadurch der Sozialdemokratie Eintrag zu tun, weil eben der Arbeitgeber dafür kein Verständnis besitzt, oder zu gleichgültig den sozialen Problemen gegenübersteht. In erster Linie muß deshalb jener Fabrikant, der seine Arbeiter für den Betrieb mehr interessieren will, mit sozialem Del gefalbt sein. Das ist die wichtigste Voraussetzung für eine gezielte Tätigkeit eines Arbeiterausschusses. Fast ebenso wichtig ist, daß die Arbeiter dem Arbeitgeber Vertrauen entgegenbringen. Wenn sie das Gefühl haben, daß der Arbeitgeber den Arbeiterausschuss lediglich hört, ohne den Willen zu haben, gegebenen Anregungen Folge zu leisten, so ist eine gezielte Tätigkeit ausgeschlossen. Eine Scheinkonstitution ist schlimmer wie ein offenes autokratisches Regiment. Zugegeben werden, daß das Mißtrauen gegen die Arbeiterausschüsse auf Arbeiterseite auch berechtigungslösen Vorurteilen entsprechen kann. In solchen Fällen wird es zumeist an der sozialen Einsicht des Arbeitgebers liegen, ob das Mißtrauen ausgeräumt werden kann oder nicht. Wir sagen zumeist, nicht immer. Herr Freese ist ohne Zweifel ein stark sozialinteressierter Mann, der mit dem besten Willen an die Arbeit gegangen ist. Trotzdem kam der dauernde Bruch mit einem erheblichen Teile seiner Arbeiter. Das war erklärlich, weil jeder sozialdemokratische Klassenkämpfer jegliche und jede Einrichtung innerhalb der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als Festsatz betrachtet. Das besagt: Jeder Arbeiterausschuss, der getragen wird von dem „Vertrauen“ sozialdemokratischer Klassenkämpfer, verrichtet Sisyphusarbeit. — Der Wert, den sich Herr Freese von den Arbeiterausschüssen verspricht, wird nur dann in die Erscheinung treten, wenn auf beiden Seiten ein ehrlicher und starker sozialer Wille vorhanden ist. Ist solches der Fall, dann kann der Arbeiterausschuss sehr viel zu einem besseren Verstehen tun. Die Gewerkschaft wird er allerdings niemals ersetzen. Wir haben schon in der Nummer 8 des „Holzarbeiter“ vom Jahre 1913 darauf hingewiesen, warum trotz aller guten sozialen Einrichtungen eines Betriebs, die Gewerkschaft und zwar die Zentralorganisation für den Arbeiter nicht zu entbehren ist. Derjenige Arbeitgeber, der seinen Arbeitern die Angehörigkeit zu einer unabhängigen zentralorganisierten Gewerkschaft untersagt, verfolgt eigensüchtige Interessen, die mit dem Gesamtwohl nicht in Einklang stehen. Es ist wirklich keine Kultur, aus freien Männern willfähige Kreaturen zu machen unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit. Auf die Dauer wird das nicht gut tun. Allgemein durchgeführt würde das bedeuten den Verfall unserer Kultur oder die soziale Revolution. Vielleicht auch beides

zugleich. Die Freiheit des Zusammenschlusses mit seinesgleichen ist für die Arbeiterschaft wie für unser ganzes Volk eine Lebensfrage. Wer diese Freiheit zerstört, wirkt revolutionärer als wie die Sozialdemokratie. Wir sagen darum: Nicht Arbeiterausschüsse statt Gewerkschaften, sondern Arbeiterausschüsse und Gewerkschaften!

Als Gewerkschaft sehen wir die sog. Werkvereine nicht an. Werkvereine entstehen entweder auf Veranlassung des Arbeitgebers oder aber sie entspringen dem Bedürfnis solcher bedauernswerten Seelen, die ihre Freiheit für die Gunst des Arbeitgebers verkaufen. Mögen die Werkvereine noch so sehr ihren nationalen Charakter betonen, sie sind für unsere Nation nicht minder gefährlich wie die Sozialdemokratie. „Liebe des freien Mannes gründet den Herrscherthron wie Fels im Meer“ heißt's im Liede. Slaven-seelen kann unser Vaterland nicht gebrauchen. Herr Freese wünscht als drittes Mittel gegen die Sozialdemokratie die Unterstützung der „nationalen“ Arbeiterorganisation durch die Arbeitgeber. Er hält die sog. Werkvereine für Organisationen, die „bei voller Wahrnehmung der Rechte der Arbeiterschaft auch die Bedeutung des Unternehmertums anerkennen und seine Rechte achten wollen“. Eine volle Wahrnehmung der Rechte der Arbeiterschaft durch die gelben Werkvereine ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Begründung dafür liegt im ganzen Wesen der Werkvereine. Wer als Arbeitgeber Werkvereine fördert, der fördert die Heuchelei, die Unwahrhaftigkeit. Nicht lange dauert's und die Tatsache steht fest, daß die Mehrheit der Werkvereiner außen gelb, innen rot ist. Ist's nicht so in Augsburg, diesem Hauptherd der Gelben, wo jede geheime Wahl dafür erneute Beweise bringt? Ist's nicht so in Essen, wo in den Hauptquartieren der Kruppschen Werkvereiner der rote Reichstagskandidat die meisten Stimmen erhielt? — Die Werkvereine, mögen sie um schönen Mamon, um Freibier und Schinkenbrötchen, um Sondervorteile sich noch so national gebärden — sind kein Mittel gegen die Sozialdemokratie. Mit der „nationalen“ Organisation ist dem Arbeiter zur Verfechtung seiner Arbeiterinteressen dann nicht gebietet, wenn jene der Unabhängigkeit ermangelt. Die Beseitigung freier unabhängiger Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft aber wäre wiederum nichts anderes als ein Mittel für die Sozialdemokratie.

Weil wir entschiedene Gegner der Sozialdemokratie und ihrer Grundsätze sind und keine andere Institution so den Angriffen der Sozialdemokratie ausgesetzt ist, wie unsere christliche Gewerkschaftsbewegung, deshalb darf man auf die Stimmen aus unserem Lager schon hören. Wer die Sozialdemokratie mit ihren anti-religiösen und antinationalen Zielen mit rechtshaffenen Mitteln bekämpft, der hat unsere volle Zustimmung. Nur bitte man sich, die Sozialdemokratie zu nennen und die Arbeiterschaft zu meinen. Uns dünkt, daß Herr Freese beim Vorschlag der Mittel gegen die Sozialdemokratie, die wir heute erwähnten, auf gefährlichen Pfaden wandelt. Wer die Polizei gegen die Arbeiterschaft mobilisiert, wer zweierlei Recht stipuliert, wer die unabhängige Selbsthilfeorganisation, nationalgefanter nichtsozialdemokratischer Arbeiter, geringer wertet, als die gelben Werkvereine, der behundet jedenfalls keine staatsmännische Klugheit.

Unsere Arbeit unter den Abwandernden.

„Wenn mein Junge in die Fremde geht und sein Lebensschifflein da draußen von zahllosen Klippen und Untiefen bedroht wird, dann wird er sicherlich Schiffbruch leiden und an Leib und Seele zu Grunde gehen.“ — So klagt bange manche besorgte Mutter, die vor der bitteren Notwendigkeit steht, ihren Sohn, den Stolz und die Hoffnung ihrer alten Tage, sei es des ungestümen Wandertriebs oder um des lieben Brotes willen, in die Ferne ziehen zu lassen. Lange und harte Kämpfe kostet es da oft, ehe die um das zeitliche und ewige Wohl ihres Kindes besorgten Eltern schweren Herzens sich in das Unvermeidliche fügen.

So schwarz soll man nicht in die Zukunft sehen. Die Welt da draußen, unsere stolzen Großstädte und Industriezentren, sie bergen wohl Gefahren für Leib und Seele in Menge. Aber auch in der Großstadt gibt es noch viele Menschen, Einheimische wie Zugewanderte, die sich jurechtgefunden haben in dem modernen Babel, mit seinen Frelichtern und Fallstricken; die treu geblieben sind dem Glauben und den Sitten der Väter; die als Laienapostel dort freudig ihre Freizeit zum Opfer bringen, der Propaganda für ihre Ideale. Gar viele Zugewanderte haben in der Großstadt bereits längst das wiedergefunden, was ihnen der Bruch mit der Heimat vermeintlich genommen. In unermüdlicher Arbeit stehen sie dort bereit, vereint mit vielen anderen, für das religiöse und soziale Wohl der Ab- und Zuwandernden zu sorgen. Gewiß gehen viele jungen Arbeiter, die aus der gut christlichen Atmosphäre der Heimat in ein ganz anders geartetes Leben versetzt werden, für Glaube und Sitte der Heimat verloren. Aber es muß nicht so sein und es ist auch nicht immer so. Befragt ein junger Mann Charakterfestigkeit und Selbstbemühtsein, so daß er nicht glaubt, wenn irgend ein zweifelhafter Phrasendrescher ihn wegen seiner Weltanschauung a

verspottet, er müßte dem zu Liebe alles was ihm bisher heilig war, feige verleugnen oder gar über Bord werfen, so hat er gewonnenes Spiel. Sagt ihm sein Selbstbewußtsein das, wenn Peter oder Kunz sich im Schlamm herumwälzen, er sich deshalb nicht auch darin herumwälzen braucht, dann besteft die Hoffnung, ja die Sicherheit, daß er dem Sturm des modernen Zeitgeistes da draußen siegreich widersteht. Als einzelstehender Baum jedoch wird auch er, wenn auch langsam, so doch sicher von diesem Sturm entwurzelt werden.

Die Anlehnung an die zuverlässigen Schultern gleichgesinnter Kämpfer, an solche, die da draußen im Kampfe für die gleichen Ideale schon manche ehrenvolle Narbe mit in den Kampf nahmen, ist unbedingt von Nöten. Unsere Ständevereine und christlichen Gewerkschaften kommen da wieder zuerst in Betracht. Der Anschluß an diese und zwar möglichst schon in der Heimat, muß unbedingt vollzogen werden. Diejenigen Eltern und die anderen berufenen Personen, die für diesen Anschluß nicht sorgen, machen sich schuldig der jahrelängigen Ueberlieferung der jungen Leute an die Sozialdemokratie.

Man spricht so viel von denjenigen Wandervögeln, die da draußen in der Welt für unsere Sache verloren gehen. So wenig spricht man von denen, die in die Großstadt gingen und dort mit den Waffen und der Strategie, die nur allein die Großstadt durch ihre bitter ernste praktische Schule zu verleißen vermag, sich hineinfürzen in das dichteste Gewühl der Gesellschaft unserer Zeit. Wie viele der unsern gingen in die Großstadt und wie viele ward für sie zu einer Hochschule, die sie uns voll ausgebildet für alle Anforderungen die der moderne Lebenskampf stellt, wieder zurückgab. In das kleinstädtische oder gar ländliche Milieu ihrer Heimat wieder zurückgeführt, haben diese Männer dann da noch eine große Mission erfüllt. Die wehrlose und verspießerte Arbeitererschaft der Heimat, die noch unbekümmert um die Fragen des Tages und des Lebens in idyllischen Säumspinn dahinglebt, die sich um ihre Brüder und Schwestern nicht kümmerte, die draußen in der Welt für ihre Ueberzeugung ein Dulderleben führen müssen, diese haben sie ausgerüttelt aus ihrem Sünden Schlaf und sie zu bewußtem Denken, Fühlen und Handeln erzogen. Alle Kollegen aus unserer Gegend, die in der Welt waren, sind bis auf wenige Ausnahmen tüchtige, geschulte und zuverlässige Werkzeuge unserer Sache geblieben. Besonders kann man das von unseren Banarbeitern sagen, die in das rheinisch-westfälische Industriegebiet abwandern. Daß es so ist, wurde ermöglicht auf Grund der planmäßigen Vorbereitung in der Heimat und des zeitigen Anschlusses an Gesinnungsgenossen in der Fremde. Konfessionelle Ständevereine und christliche Gewerkschaften haben die Leute zu Hause schon religiös, sittlich, hausvaterlich und sozial geschult, so daß sie auch im ärgsten Sturme feststehen.

Man wagt so viel vor den Gefahren der Großstadt. Gewiß, das muß sein. Aber auch die Gefahren für den jungen Menschen in der Heimat sollte man ernstlich Beachtung entgegen. Die Gefahren der Großstadt liegen offen vor den Augen, während die Gefahren der Heimat vielfach verborgen gehalten werden. „Wenn ich hier nicht fortkomme, so verpuffe ich!“ Diesen Satz hören wir von manchem jungen Mann, dessen Leben in der Heimat unter lauter Fremden und Bekannten in einem fortwährenden Lärm von Trübsal zu Trübsal, in Siebeln, in jedem Klimm und in durchschimmernden Nächten besteht. Jeder Anlaß, der die Leute zur Vertheidigung von hohen Idealen herausfordert, fehlt. Wo kein Gegenpaß ist, ist auch kein Ringen und kein Fortschritt. Ohne Kampf droht hier Verwahrlosung und Kirchhofstüben. Das Wort Schäfers: „Der Mann

muß hinaus ins feindliche Leben!“ hat auch in diesem Falle Bedeutung.

Nicht diejenigen, die hinter dem Ofen hocken, sondern die draußen im Feuer vor dem Feinde stehen, das sind die Kämpfer, denen Siege winken.

Arbeitervereine und Gewerkschaften haben also die wichtige Aufgabe, die jungen Arbeiter schon in der Heimat durch geistige Interessierung und Schulung vor Verwahrlosung zu bewahren, sie so zu schulen, daß sie bei der Abwanderung nicht tollpatschig und unwissend dem ersten besten roten Phrasendrescher nachlaufen. Diese wichtige Arbeit können beide Korporationen aber nur dann gründlich erledigen, wenn sie Hand in Hand arbeiten. Die Notwendigkeit der Zugehörigkeit jedes christlichen Arbeiters zu beiden Organisationen muß hier wiederum betont werden. Leider muß ich auch da manchen unserer Gewerkschaftler an seine Pflicht erinnern. Gibt mir da neulich ein tüchtiger Gewerkschaftler auf meine Aufforderung in den Arbeiterverein zu gehen, ganz erregt zur Antwort: „Ich habe meine guten Gründe, weshalb ich nicht in den Verein gehe, erstens: der Präses liebäugelt mit den „Berlinern“ und zweitens: die hunderte Mitglieder, die noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, die sollen erst zu uns kommen, dann gehe ich auch zu ihnen.“ Das letzte Argument kam mir gerade so vor, als wenn ich zu einem Missionar sagen würde: Sie Herr Missionar, gehen sie doch nach Afrika und bekehren sie die Keger; das ist doch ihre Pflicht, das kann man billigerweise von Ihnen verlangen.“ Der Herr aber würde mir erwidern: „Ja, ich habe meine guten Gründe nicht nach Afrika zu gehen. Diese Keger sind ganz unkultivierte Menschen, die sollen sich erst einmal unsere Kultur aneignen, sollen nicht mehr nackt umherlaufen, sie sollen erst einmal zu uns herüberkommen, dann gehe ich auch zu ihnen.“ — Trotzdem man solche Ansichten nicht mehr für möglich halten sollte, sind sie doch auf beiden Seiten noch anzutreffen. Kein Wunder, daß die Klagen über Stagnation beiderseits nicht verstummen. Wenn man warten will, bis die Indifferenten von selbst kommen, dann bringt man es vor lauter Hoffen und Harren zum Narren. Freilich, die stoische Interessenslosigkeit vieler Vereinsmitglieder gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen löst viel Ärger und Verdruß aus. Aber solche Enttäuschungen müssen wir eben mit in Kauf nehmen aus Liebe zu unserer Sache. Wir dürfen uns deshalb nicht in den Schmollwinkel setzen und den Arbeitervereinen den Vorwurf erklären. Immer und immer wieder müssen wir da nach dem Grundsatz handeln: Kommt der Berg nicht zu Mohamed, so kommt Mohamed zum Berge.

E. Hrad-Fulda.

Herunter mit den Fleischpreisen!

Durch die Zollgesetzgebung wurde nicht nur die deutsche Industrie vor der Schmutzkonkurrenz billig liefernder Auslandsstaaten geschützt, sondern auf die heimische Landwirtschaft. Durch die für die Landwirtschaft günstige Wirkung der Zollgesetzgebung wurden auch die Bodenerträge bedeutend vermehrt und die Viehhaltung erheblich gesteigert. In den Jahren von 1883 bis 1913 steigerten sich die Viehbestände: Rindvieh von 15 786 764 auf 20 158 738, Schweine von 9 206 195 auf 21 885 073. So paßte sich die Landwirtschaft durch Vermehrung ihrer Erträge und ihres Viehstandes dem durch die natürliche Volkvermehrung bedingten erhöhten Lebensmittelpotential an.

Trotzdem aber erlebten wir selbst in normalen Zeiten eine langsam fortschreitende Preissteigerung, die in Krisenzeiten so-

gar sprunghafte Tendenz zeigte. Eine solche sprunghafte Entwicklung hatte die Missernte von 1911 im Gefolge. Die nachteiligen Folgen dieser Missernte zeigten sich hauptsächlich auf dem Vieh- und Fleischmarkt. Der Sommer 1911 mit seiner großen Trockenheit bewirkte zunächst eine Verringerung des Viehbestandes. In welchem Umfange eine solche eintrat, mögen einige vergleichende Zahlen aus den Jahren 1907 und 1912 zeigen, wobei die eingeklammerten Ziffern sich auf das Jahr 1907 beziehen. Wir zählten Rinder (30 630 544) 20 168 273, Schweine (22 146 232) 21 885 073, Schafe (7 703 710) 5 787 848. Der Herbst 1911 brachte also einen großen Auftrieb an Vieh auf den Markt und bewirkte damit ein enormes Sinken der Viehpreise. Das Jahr 1912 zeugte eine sehr gute Futterernte und nun suchten die Landwirte ihre reduzierten Viehbestände wieder auf die alte Höhe zu bringen. Die Folgewirkung machte sich bemerkbar in einem schwachen Viehauftrieb und einem starken Anschwellen der Viehpreise. So stiegen die Schweinepreise im Herbst 1912 auf 60—65 Mk. pro Zentner Lebendgewicht und hielten sich den ganzen Sommer 1913 auf dieser Höhe. Die Preise für anderes Großvieh waren dementsprechend. Während nun aber die Konsumenten von der vorübergehenden Ermäßigung der Viehpreise im Herbst 1911 nicht berührt wurden, wurden sie von der Viehpreisteigerung 1912 sofort in Mitleidenschaft gezogen. Die Fleischpreise stiegen rapid in die Höhe. Man zahlte für Schweinefleisch nun statt 70 bis 80 Pfg. pro Pfd. 90 bis 100 Pfg. Bessere Fleisch- und Wurstsorten kosteten sofort 120 bis 160 Pfg. Dazu kamen die Preissteigerungen für Butter, Milch und vor allem jener Produkte, die durch die Steuererhöhung von 1909 eine künstliche Erhöhung ihres Preisstandes erfahren. Folgewirkung: Unruhe in der Bevölkerung, Rufe nach Abhilfe und schließlich als Ventil der aufgeregten Volkstimmung das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1912: 110 Sozialdemokraten.

Es muß gesagt werden, daß die Regierungen und auch viele Komm. ten auf dem Gebiete der Fleischversorgung guten Willen zeigten, indem sie zeitweilig die Grenzsperrre aufhoben und Vieh auf Kosten der Städte vom Auslande beschafften. Der Erfolg war jedoch gleich Null. — Warum? — Die Trockenheit von 1911 war nicht eine deutsche, sondern eine europäische Kalamität. Unser großes Nachbarreich Rußland wurde von ihr noch viel härter betroffen als Deutschland. In vielen Gouvernements genannten Staaten entstanden Hungersnöte. Als Viehlieferungsländer kamen fast nur die günstiger gelegenen Staaten Holland und Dänemark in Betracht. Als aber Deutschland in diesen beiden Staaten als Käufer auftrat, zogen auch dort die Viehpreise schnell in solcher Weise an, daß sich weitere Anläufe nicht mehr lohnten.

Eine nachhaltige Abhilfe brachte erst die abermalige gute Futterernte des Jahres 1913. Im Sommer 1913 hatten die Landwirte erhebliche Viehbestände heranzüchten können und es erfolgte nun ein großer Auftrieb auf die Märkte. Infolgedessen ließen schon im November 1913 die Viehpreise nach, um in den folgenden Monaten beständig tiefer zu sinken und sich schließlich bei 40—45 Mk. pro Zentner Lebendgewicht bei Schweinen festzusetzen. Verglichen mit den vom Herbst 1912 bis Herbst 1913 gezahlten Preisen ergeben sich folgende Zahlen für Schweine: 1912 bis Ende 1913 pro Zentner Lebendgewicht 60—65 Mk. 1914 — pro Zentner Lebendgewicht 40—45 Mk. Die Preise für Rinder weisen ähnliche, zum Teil noch erheblichere Rückgänge auf. Wir verzeichnen also eine Minderung der Viehpreise um rund 30%. Die Viehpreise sind auf einem Tiefstande angelangt, daß die Viehhaltung bereits anfängt unlohnend zu werden.

Gedichte eines Arbeiters*)

Eine Nacht.

Die Nacht hat ein dunkles Licht vor mein Fenster gehängt
Und alles Leben zu mir herein in die Stube gebracht.
Sitzt jetzt jedes Ding, das vor mir im Dämmerlicht der Lampe ruht,
Als beschloß es wie mich ein lebendiges, pochendes Blut.
Das tritt aus dem Schorn, aus dem Rauch mir der Schornstein herab,
Der mit einem beim Rücken daran ein Stück hinter Seele verlor.
Und dem Ofen der Schmelz, aus dem Räucher der Rauchgeschell,
Und dem Rauch der Weber, die Kaler, der Schuster, sie schweben sich schwebel.
Und sehen jauchzen. Sie lächeln und grinsen mich an,
Da lächeln die Bücher, und alle werden sich an.
Da werden die Bücher lebendig, aus ihrer Zerknirschung!
Stiegen die Dichter herab, wie wenn das Leben sie ruft.
Sie sehen vor mir, so wie das Leben sie ruft,
Wie sie sitzen und kumpfen, so sind sie mir ruft.
Sie jagen mir alle mit einer Scherbe: Sieh, wir sind beis!
Beschweren, beschweren, und ich bin wieder allein.
Die Nacht hat ein dunkles Licht vor mein Fenster gehängt
Und alles Leben zu mir herein in die Stube gebracht.

Weiter:

Die Kumpfen hat zum Erfolg!
Wir haben wieder sich das Beding ankommen der Arbeiter.
Nur jagen ihr Scherben von einem Ende der Welt zum andern.
Der ganze dunkle Menschenschlag
Gibt sich herabstüßigen Scherben.
Gebet zum Erfolg.
Sich stürzen sich Jähren ragen die Sinne, jähren die Räuber,
Gewaltigen begehren.
Da sind auch noch schlagende an Boden liegen,
Da sind auch bei diesen Sturmesstürmen.

*) Der Verfasser, Schiffsbauarbeiter, wohnt in der Nähe von Hamburg. Die Gedichte wurden zuerst veröffentlicht in der „Arbeiter-Zeitung“, Hamburg, für Oktober und November. Dargestellt ist die Lebensweise der Arbeiter in der Zeit vor dem Krieg.

Rot's warmes Lebensblut auf die Erde fließt,
An den Büschen, Bächen und Bächen,
An den verwandten Gefäßchen vorbei
Der Menschheitweg geht:
Kapitel's Mädel.
Garcia's des Augenblicks,
Der erlösend kommen soll
Und in dem Staub und Qualm,
Der über die Wälder steht,
Nicht sich das Fahren und Beten
Der ringenden Menschheit.
Denn's nicht ist sich
In steigenden Kreisen höher empot:
Der erste Flieger.
Der nicht ist an die Sterne die Kunde.
Vorwärts, wir fliegen!

Die klimatischen Verhältnisse Deutschlands und ihre Einwirkung auf die Lebensverhältnisse.

Mitteleuropa und somit Deutschland wird größtenteils von den Ostwindverhältnissen über dem Atlantischen Ozean und dem von diesem ausgehenden Luftdruck und Wärmeverteilungsmäßigkeiten beherrscht; das Seeklima der westlichen Küstenländer geht zum Festlandklima des östlichen Europas über. Deutschland steht daher noch unter dem unmittelbaren Einflusse des Golfstromes. Infolgedessen herrschen die Südwest- und Westwinde, zumal im nördlicheren Deutschland und namentlich zur Winterzeit vor. Im Sommer sind durch die Ostwindverhältnisse über dem Atlantischen Ozean West- und Nordwestwinde über dem Kontinente bedingt, welche Winde die wasserdampfsättigte und kühlere Luft über dem Ozean zuführen und damit die Sommerregengänge auch in Deutschland einleiten. Im September erreicht der ozeanische Einfluß seine höchste Ausdehnung der Ostwindverhältnisse über dem Ozean für Ende. Während der Herbstzeit beginnt über dem östlichen Europa nach und nach der Luftdruck zu steigen; es gelangen östliche Winde zur Herrschaft, wodurch der Herbst — nicht ohne der Sommer — sich als die durchschnittlich gleichmäßigste, trockenste Jahreszeit auszeichnet. Der ozeanische Einfluß nimmt an Stärke ab, je mehr man von der Meeres-

küste nach Südosten schreitet; deshalb begegnet man in Ostdeutschland weit größeren Wärmeschwankungen als im Westen. Am stärksten ist der ozeanische Einfluß während der eigentlichen Winter- und Sommermonate ausgeprägt. Strenge und andauernde Winterkälte ist in erster Linie an das Vorhandensein einer Schneedecke gebunden; durch letztere wird die Wärmeleitung mit dem Erdboden vollständig abgeschnitten; den unteren Luftschichten ist daher die Wärmequelle des Bodens geraubt. Außerdem kann strenge Winterkälte durch den sogenannten Lufttransport einreten; so werden unseren Gegenden die über dem Inneren Asiens erhaltene Luftmassen mit großer Geschwindigkeit zugeführt. Dieser Kältestand erreicht erst wieder sein Ende, wenn der warme ozeanische Seeluft mit dem Auftreten neuer Tiefdruckgebiete im Westen wieder der Zugang geöffnet ist. Hoher Luftdruck über dem Atlantischen Ozean bedingt einen nachfühlenden Sommer; die Witterung ist dann noch ungünstiger, wenn gleichzeitig in Rußland Wärme und Trockenheit herrscht, wodurch die feuchten und kühlen Winde anhaltender und stärker werden. Umgekehrt verursacht hoher Luftdruck über dem östlichen und mittleren Europa im Festlandgebiete Nordost- und Westwinde und damit heitere, trockene Witterung, jedoch diese Luftdrucklage von trockenen, heißen Sommern begleitet sein wird. Der wärmste Monat ist durchschnittlich für Gebirge und Ebene der Juli, bei Seehöhe jedoch der August; der kälteste Monat ist durchschnittlich der Januar; nur in höheren Gebirgslagen und an der See der Februar. In östlicher Hinsicht wird nicht allein die geographische Lage eines Ortes oder einer Gegend, sondern auch deren Höhenlage über dem Meeresspiegel bestimmend auf die Wärmeverhältnisse ein. Die Temperatur nimmt mit der Höhe ab und zwar am stärksten während der warmen Jahreszeit und innerhalb Deutschland am allerstärksten im Juli im Harz, während die Wärmeabnahme im Bezirk der bayerischen Hochebene im Januar am geringsten ist. Der wärmste Teil Deutschlands ist das Rheintal, das Gebiet oberhalb Mainz, begünstigt durch hohe Sommertemperatur und milde Winter. Abgesehen von den höheren Gebirgslagen hat das Seeplateau Ostpreußens die niedrigste Temperatur aufzuweisen. Die eigentliche noch deutsche Tiefebene jenseits der Ems besitzt eine mittlere Jahrestemperatur von 8—9 Grad, jenseits der Oder sogar von 7—8 Grad R., das Stromgebiet des Rheins 9 Grad mittlere Jahrestemperatur. Weiter nördlich sind die Ostküste

Trotz der hier gezeichneten niedrigen Viehpreise aber sind die Fleischpreise fast durchweg noch auf der alten Höhe des Vorjahresjahres 1912—1913 stehen geblieben. Bei einem Einkaufspreis von durchschnittlich 44 Mk. Lebendgewicht der 56 Mk. Schlachtgewicht verlaufen die Fleischer das Pfd. Schweinefleisch heute noch, wie vor einem Jahre mit 80 und 90 Pfg. Mehlfreie Wurst, wie Jagdwurst, Fleischwurst, Braunschweiger Mettwurst, gewöhnliche Mettwurst stehen im Preise von 1—1,20 Mk. ganz wie ehedem. Blockwurst und Semmelwurst werden sogar noch teurer verkauft. Solche Verkaufspreise stehen in keinem Verhältnis zu den Einkaufspreisen. Ein Landwirt aus der Nähe von Hamm, der sein Schwein nicht für 44 Mk. pro Zentner verkaufen wollte, ließ dasselbe selbst schlachten und verkaufte das Pfund Fleisch und alle Wurst zu 70 Pfg. und geringeres Fleisch und Mehlwurst zu 60 und 65 Pfg. Er erzielt einen Durchschnittspreis von 64 Mk. pro Zentner Schlachtgewicht, wogegen der Händler nur 56 Mk. anbot. Das beweist, daß die Fleischer mit Gewinn das Pfd. Fleisch und mehlfreie Wurst zu 70 Pfg. verkaufen können. Wenn sie daneben für bessere Wurstsorten auf 90 und 100 Pfg. herausgehen, verbleibt ihnen ein guter Verdienst. Bei den heutigen Preisen darf man für jedes Pfund Fleisch 20 Pfg. Verdienst rechnen, der über das normale Maß hinausgeht. Wenn wir diese 20 Pfg. bei sämtlichen Schlachtungen im Reiche verrechnen, so ergibt das einen Mehrerwerb von 1000 Millionen Mk. die aus den Taschen der ärmeren Bevölkerung in die Geldschänke der Fleischer fließen. Tausend Millionen Mark entzieht ein einzelner Stand unberechtigter Weise der Gesamtheit des Volkes!

Es gibt kein Steuergesetz im Reiche, das in ähnlicher Weise das Volk belastet. Durch die gezeichneten Tatsachen dürfte auch dem Gerde von den üblen Folgen der Grenzsperrre der Boden entzogen sein; oder glaubt jemand im Ernste, daß die Fleischer, die eben die 30% Viehpreiserhöhung in die Tasche stecken, mit den Fleischpreisen heruntergehen, wenn etwa durch völlige Doffnung der Grenzen eine weitere Reduzierung der Viehpreise bewirkt würde?

Ungeachtet all dieser Momente drängt sich die Frage auf: Woher kommt es, daß die Regierungen und Kommunen, welche 1912 so rege dem Uebel zu steuern versuchten, jetzt keine Hand rühren, um einer solchen unerhörten Belastung des Volkes entgegen zu wirken? Ist man nur deshalb ruhig, weil das Volk still ist und sich anscheinend an die hohen Preise gewöhnt hat? Das kann doch sicher nicht angenommen werden. Man muß daher glauben, daß man die Entwicklung nicht im Auge behalten hat. Darum ist es gut, die maßgebenden Stellen einmal daran zu erinnern. Es ist wirklich die höchste Zeit!

Holzbohrertypen und ihre Arbeitsweise.

Wenn auch die Anwendung der Bohrer zumal seitens der Holzarbeiter eine im allgemeinen einfache und praktisch leicht erlernbare ist, so soll doch der künftige Arbeiter sich auch ein gründlicheres Verständnis der Zweckformen und prinzipiellen Bauart und damit der Arbeitsweise der von ihm täglich gebrauchten Werkzeuge aneignen. Solche Kenntnis verlohnt sich auch recht sehr in der Praxis und wer System und Funktion (Arbeitsart) des Werkzeuges ordentlich kennt, wird dasselbe in allen Fällen richtiger benutzen, mühen auch befriedigendere Arbeit leisten. Letzteres gilt sowohl hinsichtlich des sauberen Ausfalles als auch was flottes,

zeitparendes Arbeiten anbelangt. In diesem Sinne mag noch in dieser zweiten kleinen Abhandlung weiter über Holzbohrer gesprochen werden.

Die ursprüngliche Gestalt des Bohrers ist im wesentlichen die des heutigen flachen Epibohrers und waren Bohrer solcher Form schon in der Steinzeit, also zu einer Zeit, wo der Mensch den Gebrauch der Bronze, des Eisens und anderen Metallen und daraus gefertigter Werkzeuge garnicht kannte, im Gebrauch. Die ältesten Bohrer waren also aus Stein gearbeitet. Welch äußerst wichtige Rolle das Bohren schon in alter Zeit in der primitivsten Materialbearbeitung spielte, geht daraus hervor, daß es schon in der ältesten der drei vorgeschichtlichen Kulturperioden, nämlich in der Steinzeit angewendet wurde, zu Zeiten also schon, wo noch das Mannuth, das bekannte sehr grobe Landtier der Vorwelt, lebte. Und so praktisch war das Werkzeug erfunden, daß eine ursprüngliche Gestalt noch immer, nach Jahrtausenden im flachen Epibohrer forterhalten ist. Dessen Schneiden werden gebildet durch je eine flache Seite des Bohrers und eine schmale, schräg zu ihr liegende Fläche, so daß der Brustwinkel, das ist der Winkel der Brustfläche, mit der Tangente*) des Schnittpunktes, über 90°, der Schneidwinkel etwa 70° beträgt. Zuweilen findet man in jeder Brustfläche an die Schneidflanke eine Höfelflehe gelegt, um den Brustwinkel keiner zu erhalten. Nur die Schneidflanken selbst geben dem Bohrer die Führung, weshalb derselbe verhältnismäßig leicht „vorläuft“, d. h. ein ungewohntes Loch ergibt. Befriedigende Arbeit leistet solcher Bohrer nur, wenn er um seine Drehachse in genauem Gleichmaß ausgeführt ist, so daß die Widerstandsmomente der einen Hälfte denen der anderen Hälfte gleich sind. Beim Zentrumsbohrer für Holz, der sich vom Zentrumsbohrer für Metall in einigen Details durch die andere Natur des zu bearbeitenden Stoffes unterscheidet, hat eine lange, schlanke zentrische Spitze, die ohne Schwierigkeit in das Holz zu drücken oder zu schieben ist, dann einen Vorschneidmesser, d. i. ein Vorschneidmesser, das nötig ist, weil die zu bildende Lochfläche zeitweise quer gegen die Faserrichtung des Holzes liegt, und die sogenannte Schaufel, auch Grundmesser genannt, zum leichten Abheben der durch das Vorschneidmesser ringum abgelösten Holzschmitte. Der Zentrumsbohrer für Holz ist deshalb für weiches Holz nicht gut zu gebrauchen, weil bei ihm die Widerstandsmomente an beiden Seiten der Bohrerachse nicht gleich sind, auch nicht einander gegenüber liegen, so daß ein beträchtlicher einseitiger Druck von dem Zentrum dem Werkstück gegenüber aufgenommen werden muß und weil weiches Holz nicht fest genug ist, um in allen Richtungen dem einseitigen Druck der dünnen Spitze erfolgreich Widerstand zu leisten. Eine neuere als Ringbohrer anzusprechende Bohrerart hat den Vorteil guter Führung auch in weichen Holz. Solchen Bohrer heißt die Zentrumsbohrer und es bildet der Vorschneider einen Ring, der nur an den Stellen, an denen die beiden Vorschneider mit ihm zusammenstoßen, unterbrochen ist. Dieser unten scharfe Ring bringt leicht in die Oberfläche des Holzes ein und gewährt dann eine sehr sichere Führung, so daß man sogar im Stande ist, ein Loch (oder eigentlich eine Furche) zu bohren, welches nur um ein Drittel des Bohrerdurchmessers im Werkstück sich befindet. Leicht ist es mit solchem Bohrer auch, in schräger Richtung ins Holz zu bohren. Die Führung des Bohrers wird gegenüber dem Zentrumsbohrer — noch dadurch unterstützt, daß zwei Schneiden einander gerade gegenüber liegen, also bei gewöhnlicher Benutzung ein einseitigen Druck gegen den führenden Vorschneider nur zufällig vorkommen kann. Freilich verursacht der lange Vorschneider großen Reibungswiderstand, was aber gegenüber dem Vorteilen solcher Bohrer nicht ins Gewicht fällt.

Der Riffelbohrer ist ein sehr alter Bohrertypus, der schon im 1. Jahrhundert, also vor rund 2000 Jahren, in Verwendung gewesen ist. Er hat eine gebogene Schneide, welche die Spähne sowohl von der Sohle als auch von der Wandung des Loches abläßt, hier jedoch nur in schmalen Streifen, doch in etwas größerer Breite als der Halbmesser des Loches mißt. Der Schneidwinkel kann beliebig klein gemacht werden, gleichwie beim Zentrumsbohrer für Holz. Für den Teil der Schneide des Riffelbohrers, welcher die Sohle des Loches vertieft, kann auch der Anfahrwinkel

*) Tangente-gerade Linie, welche eine Krümme in einem Punkte berührt.

beliebig gewählt werden, während der Schneidenteil, der in den Lochmantel fällt, ohne Anfahrwinkel arbeiten muß, was angesichts der geringen Breite der zugehörigen Schnittfläche wenig Nachteil bringt. Ausgezeichnet ist die dem Bohrer durch das Werkstück zu Teil werdende Führung. Ein erheblicher Mangel ist bei Riffelbohrern folgender Umstand: Sie bedingen, daß ein Loch der vollen Weite, allerdings geringer Tiefe, hergestellt wird, ehe sie selbst in Tätigkeit treten, während der Epibohrer und die Zentrumsbohrer auf Grund einer deutlichen Vorzeichnung der Lochmitte, oder doch einer mittels einer kegelförmigen Spitze eingeschlagenen Vertiefung an richtiger Stelle zu arbeiten anfangen, und der Ringbohrer nur die Vorzeichnung eines Kreises verlangt.

Die Entfernung der Späne aus dem Bohrloch erfordert häufiges Herausziehen des Bohrers und gelingt befriedigend hierdurch nur bei einer besonderen Art des Zentrumsbohrers, bei der sich die Schaufel zu einer Scheibe erweitert, ferner bei dem Ringbohrer und beim Riffelbohrer. Die anderen bisher erwähnten Bohrer bedingen, sobald die erzeugten Löcher einige Tiefe haben, hierfür besondere Tätigkeit. Der schon in der vorangegangenen Abhandlung „Ueber Bohren, Bohrer und Bohrmaschinen“ zur Sprache gekommene treisische Schneckenbohrer erleichtert das in die Höfelflehen der Späne durch die Bindungen seiner Schneide, und beschneidet sich deshalb mit einem weniger öftern Herausziehen als der Riffelbohrer. Vollkommen sind die Schraubensbohrer, fälschlich auch Spiralsbohrer genannt, welche die gebildeten Späne selbst aus dem Loch befördern, also ein ununterbrochenes Bohren ermöglichen. Die Schraubensbohrer für Holz sind mitunter mit besonderen Vorschneidmessern ausgestattet; diese sind aber der Beschädigung sehr angesetzt und auch nutzlos, solange die Schneiden sich nicht in gutem Zustande befinden. Zur Sicherung gegen die Verletzung der Schneiden gestaltet man diese nicht selten statt rechteckig nach einem Bogen. Die Spandibe, bzw. den Grad des Eindringens des Bohrers regelt man gewöhnlich durch entsprechenden Druck in der Achsenrichtung des Bohrers. Indessen ist es, weil Holzbohrer rasch arbeiten müssen, nicht lohnend, eine besondere Vorrichtung für das allmähliche Eindringen des Bohrers anzubringen; dagegen ist für sie die seit mehreren Jahrhunderten schon bekannte, Einzugschraube von großem Wert, deren Ganghöhe der Spandibe gleich sein soll, so daß ohne Zutun des Arbeiters diese die zweckentsprechendste wird. Wegen ihrer Zuspitzung befähigt die Einzugschraube den Bohrer von dem vorgezeichneten Mittelpunkt des Loches aus wirksam zu werden und wegen ihrer Rundung eignet sie sich besser zur Führung auch in weichem Holze als der Zentrumsbohrer, zumal die Schneiden des Bohrers doppelt vorhanden sind und einander genau gegenüber liegen. Immerhin ist die Führung der Schraubensbohrer nicht so sicher, wie die, die der Riffelbohrer erzieht. Auch beim treisischen Schneckenbohrer tritt die Einzugschraube hervor; sie fördert aber nur das Eindringen des Bohrers, ohne dasselbe regeln zu können und dies infolge der großen Steigung des Gewindes. Der Vollständigkeit halber sei noch der sog. zweiseitigen Bohrer gedacht, welche von dem Epibohrer nur insoweit abweichen, als die Kanten nicht an je einer breiten Fläche, sondern vermöge je zweier Zuspitzungsflächen in der Mitte der Platte liegen, eine Bohrerart, die nur dann zweckmäßig dient, wenn man wegen mangelhafter Hilfsmittel den Bohrer in beiden Drehrichtungen benutzen muß. Mehr Kuriositäten als praktische Werkzeuge sind Bohrer zur Herstellung seltiger Löcher und sog. ausdehnbare Bohrer, also solche, die auf verschiedene Lochweiten einstellbar sind, während den übrigen Bohrern je eine bestimmte Lochweite (das „Bohrmaß“) entspricht.

Stimmen zum Verbandstag.

Im Laufe der letzten Zeit sind in unserm Organ verschiedenartige Stimmen zum Ausdruck gekommen. Jedoch ist eines dabei vergessen worden und zwar ein wichtiges Gebiet, welches wohl verdient, etwas näher behandelt zu werden. Es betrifft dies die bessere Ausbildung der Kollegen in ihrem Berufe. So mancher Kollege kommt vielleicht einmal in eine Werkstelle, in der Möbel

durch besonders niedrige Frühjahrs-, jedoch verhältnismäßig höhere Herbsttemperaturen aus. Mittlere Jahrestemperaturen (8 Grad) trifft man in Norddeutschland nur im Oberharz, dem Erzgebirge und Riesengebirge an, während in den übrigen deutschen Mittelgebirgen, dem Hundsrück, dem Taunus, dem Wester- und Thüringerwalde die mittleren Jahrestemperaturen zwischen 6—8 Grad R. liegen. Besonders rauhes, indessen für Gesunde nicht nachteiliges, sogar günstiges Klima hat die bayerische Hochebene; mildes Klima herrscht in Süddeutschland außer in der Rheinebene in den Tälern des Main und des Neckar. Die höchsten Erhebungen der Bogen und des Schwarzwaldes, sowie der bayerische Wald an der böhmischen Grenze weisen mittlere Jahrestemperaturen von 6 Grad auf.

Die klimatischen Verhältnisse wirken nun direkt wie indirekt auf die Lebens-, d. h. Arbeitskraft und Gesundheitsverhältnisse der Menschen ein, sei es günstig oder ungünstig, und ihr Einfluß auf unser Wohlbefinden und Leistungsvermögen ist von erheblicher Bedeutung; namentlich gilt dies von der Einwirkung der Wärme, der Feuchtigkeit, der Niederschläge und der Luftbewegung. Der Erwachsene erzeugt und verliert durchschnittlich täglich 3000 Wärmeeinheiten (Calorien). Unter Wärmeeinheit oder Calorie wird die Wärmemenge verstanden, welche erforderlich ist, um 1 Gramm Wasser von 0 auf 1 Grad in der Temperatur zu erhöhen. Von diesem täglichen Gesamtwärmeerlust von durchschnittlich 3000 Calorien entfallen 77,5 Prozent auf die Abgabe durch die Haut, 19,9 Prozent auf den Bedarf der Lunge, 2,9 Prozent auf die Erwärmung der Speisen im Körper. Letzterer vermag Wärme auf dreierlei Art abzugeben, erstens durch Leitung, zweitens durch Strahlung und drittens durch den bei der Verdunstung entstehenden Wärmeverbrauch. Der durch die „Leitung“ verursachte Wärmeverlust ist von dem Temperaturunterschiede zwischen Körper und äußerer Luft abhängig, der Wärmeverlust durch Strahlung aber von der Temperatur der in der Nähe befindlichen Gegenstände (z. B. Schmelzöfen der Metall- oder Glasarbeiter) in der Umgebung durch Verdunstung (Transpiration, Schweiß, Atmung durch Lunge und Haut) können dem Körper außerordentlich starke Wärmemengen entzogen werden (die tägliche normale Verdunstung beträgt 1 1/2—2 Liter Wasser unter Normaldruck um 860—1150 Wärmeeinheiten). Außer der Temperatur beeinflusst auch der relative Feuchtigkeitsgehalt der Luft den menschlichen Körper;

der Verlust an Wasser durch Nieren und Darm, sowie durch Verdunstung an der Haut ist von der Temperatur, der Feuchtigkeit und der Bewegung der Luft abhängig. Je trockener und kälter die Luft ist, desto mehr Wasser wird von der Haut abgegeben; umgekehrt ist bei hoher Temperatur und großer Feuchtigkeit die Ausscheidung von Wasser durch die Haut sehr gering. In trockenen Gegenden ist das Blut wasserärmer, was eine Steigerung der Nerventätigkeit und damit Neigung zur Schlaflosigkeit und beschleunigten Blutumlauf bewirkt; die gleiche Wirkung übt das Höhenklima aus. In feuchtem Klima dagegen wird die Blutbewegung verlangsamt; die Nerventätigkeit vermindert sich, und dadurch wird ein nicht aufgeregtes Arbeiten und ruhiger Schlaf befördert. Epidemien (Senchen) werden bei anhaltender Trockenheit zum Erlöschen neigen, kurze Trockenperioden aber fördern sie.

Durch durchdringende Kleidung wird dem Körper viel Wärme entzogen; läßt man sie am Körper trocken, so werden ihm dadurch etwa 2000 Wärmeeinheiten entzogen, fast so viel, als der Erwachsene durchschnittlich im Tag Wärme erzeugt; solche große Wärmeverluste haben, zumal wenn sie sich oft wiederholen, leicht Erkältungskrankheiten, Rheuma, Gicht und dergl. im Gefolge. Andererseits haben Regen und Schnee die Eigenschaft, die Luft von den ihr beigemengten Staubteilchen zu reinigen und so die Weiterentwicklung mancher Krankheiten, z. B. der Tuberkulose, einzudämmen. Starke und langandauernde Nebel aber begünstigen die Bakterienvermehrung und damit die Zahl der Erkrankungs- und Sterbefälle, während intensives (sehr kräftiges) Licht, vor allem Sonnenchein, die Bakterien tötet. Das intensive Licht wirkt auch erheitend auf das Gemüt, regt Arbeitslust und Phantasie an. Hinsichtlich der Luftbewegung übt der Wind durch schädliche Wirkungen aus, daß er Staubmassen und damit Krankheitserreger aufwirbelt und uns zuführt, sowie länger anhaltende starke Luftbewegung die Wärmeeinziehung des Körpers ungünstig steigert. Je stärker die Luftbewegung ist, desto größer wird das Kältegefühl, und je mehr Feuchtigkeit die Hautoberfläche, z. B. im Zustande des Schwitzens enthält, um so abkühlender wirkt der Windstrom. Niedere Temperatur bei starker Luftbewegung ist sehr lästig, während bei ruhiger, leicht bewegter Luft selbst strenge Kälte nicht so hart empfunden wird. Windstille macht große Hitze untraglich. Für die Beschaffenheit der bewegten Luft kommt in erster

Linie der Ursprungsort und das Gebiet, welches sie überweht hat, in Betracht. Hauptsächlich werden zwei Luftströmungen, ozeanische (See-) und kontinentale (Land-) Winde unterschieden. Letztere sind vorwiegend trocken, im Sommer warm, im Winter kalt; umgekehrt sind die ozeanischen Winde feucht, im Sommer kühl, im Winter mild. Zumal an heißen Tagen — und des hohen Sonnenstandes wegen am stärksten um die Mittagzeit — findet eine beiläufig senkrechte Bewegung und damit ein Austausch unterer und oberer Luftmassen statt; infolge der Erwärmung der Erdoberfläche werden nämlich die untersten Luftschichten leichter und steigen auf. Mit zunehmender Abkühlung der Erdoberfläche in den Abendstunden hört das Auf- und Absteigen der Luftschichten allmählich auf, weshalb die untere Luft an sonnigen Tagen untertags reiner ist als in der Nacht. Im besonderen aber ist der Arbeiter und voran der hauptsächlich oder überhaupt viel im Freien Arbeitende von ihnen beeinflusst. Gilt das schon für den gesunden Arbeiter, wieviel mehr dann für den kranken und halb invaliden! Je nach Art der Erkrankung oder der Erkrankungsneigung kann sich der Arbeiter, vom Arzte sachverständig beraten, oft durch bloßen Wechsel der Arbeitsgegend vor dem Eintritt andauernden Stiefens und schließlich Arbeitsunfähigkeit ganz oder auf lange hinaus bewahren bzw. kuriert werden. Die Wärme ist von bedeutendem Einflusse auf die Entwicklung und die Vorgänge aller organischen (pflanzlichen, tierischen und menschlichen) Lebens. Die erforderliche Wärme wird durch die Sonnenstrahlen dem Boden und von diesem erst der Luft zugeführt; daher sind die untersten Luftschichten meist auch die wärmsten. Die Sonnenstrahlen sind aber für alle Pflanzen und Lebewesen nicht bloß als wärmespendende, sondern auch als lichtgebende Faktoren von größter Wichtigkeit. Zwar sind Mensch und Tier von Lichtzufuhr und natürlicher Beschichtung in ihrem Gedeihen lange nicht so sehr abhängig, wie die Pflanzen, die bei gleichen Wärme- und Regenmengen um so reichlicher Blüten und Früchte erzeugen, je stärker und gleichmäßiger die Beschichtung ist. So spielt z. B. die Verteilung des Sonnenscheins, seine Dauer usw. eine nicht geringe Rolle in der Baumkultur und forstlichen Holzgewinnung; das schöne Grün der Blättern und Laub der Pflanzen bildet sich bei Mangel an Licht überhaupt nicht; der Pflanzenbestandteil Chlorophyll, das für das Fortkommen der Pflanzen unbedingt erforderlich ist, bildet sich ohne Beschichtung überhaupt nicht.

oder sonstiges gemacht wird, auf das er nicht eingearbeitet ist. Die Stücke werden schließlich nur im Afford angefertigt, und so kommt es nun, daß der betreffende Kollege sich auf einen sehr niedrigen Lohn stellt, obwohl er selbst ein tüchtiger Arbeiter ist. Oder im Stundenlohn arbeitet er dem Arbeitgeber zu lange daran und wird dann wieder entlassen. Bei Stücklohn geht der Kollege von selbst, weil er sich sagen muß, um solchen Hungerlohn kann ich nicht arbeiten. Steht nun der Kollege in einer christlichen Hütte oder in einer, in der noch einige unserer Kollegen arbeiten, dann läßt sich die Sache eher machen. Ist die Werkstelle aber anders organisiert, so fikt der Kollege in der Patsche und weiß sich nicht zu helfen, da er überall gedrückt wird. So liegt es klar auf der Hand, daß der Kollege hier nicht lange bleiben kann. Es wäre hier sehr angebracht, daß von unserm Verband eine Fachzeitschrift herausgegeben würde, in der dann durch Zeichnungen und Aufsätze die Kollegen in ihrem Berufe besser ausgebildet würden. Es wäre das auch für unsern Verband von agitatorischem Nutzen.

Anton Dubiel, Goppingen.

In Nr. 17 unseres Organs glaubt ein Kollege, die Jugendgewinnung für unsern Verband könnte nur gefördert werden durch Herabsetzung der Beiträge und Erhebung des 50 Pfennigbeitrags erst vom 19. oder 20. Jahre ab. Die Erfahrung lehrt, daß gerade dort, wo der Jugendliche unserer Jugendabteilung angehört, und er den monatlichen Beitrag zahlt, er unserer gewerkschaftlichen Bewegung ein ganz anderes Interesse entgegenbringt. Es wäre zu wünschen, daß sämtliche Jugendlichen wenigstens wöchentlich 10 Pfennig Beitrag bezahlten. Beim Uebergang zur Vollmitgliedschaft haben sie dann schon auf die volle Unterstützung Anspruch, oder es wird ihnen nur noch eine kurze Zeit daran festhalten. Gerade für die im 17., 18. und 19. Jahre stehenden Mitglieder ist es gut, wenn sie einer gewerkschaftlichen Organisation schon aus voll bezugsberechtigter Mitglieder angehören. Bei Arbeitslosigkeit und auf Wandererschaft haben sie dann eine wertvolle Hilfe. Von diesen jungen Kollegen ist schon mancher als Agitator und Vertrauensmann zu gewinnen. Ihr Stolz wird es sein, in unseren Reihen mitzukämpfen für unsere gewerkschaftlichen Ziele. Doch ist wohl zu beachten, daß solche Kollegen nicht mit Arbeit überhäuft werden. Sonst wird leicht erreicht, daß sie der Arbeit überdrüssig werden. Am Ende sind sie dann für nichts mehr zu haben. Dafür müssen die einzelnen Vorstehenden sorgen, daß alle Vertrauensmänner mit Lust und Liebe ihre Arbeit versehen.

X. M. Dortmund.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. Mai bis 31. Mai fällig ist.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 15 623, Johann Schönbauer; Nr. 93 998, Josef Dampf. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Druckverordnungen für die Jugend sowie Umstellung der Verbandszeitungen müssen für die laufende Woche bis spätestens Sonntag mittag gemeldet werden. Später eingehende Meldungen können erst in der darauffolgenden Woche berücksichtigt werden.

Lohnbewegung.

Die Ortsvereinigungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Ablauf des Monats einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Bezug ist fernzuhalten

- Holzarbeiter aller Branchen: Breslau: (Wagonfabriken Hermann-Diele), Schönanke (Pöppel)
- Schreiner und Maschinenarbeiter: Burg-Reinfurt (Cohen), Dülmen, Rathhaus in Weiprecht, Straßburg i. E., Schaffhausen-Schweiz, Lindau, Danzig (Seefischerei Schönanke).
- Hilfsarbeiter: Kemnath (255).
- Schreiner: München.
- Polier- und Dekorations: Düsseldorf (Zieg).

Veränderungen in laufenden Tarifverträgen. Für den Monat Juni sehen die vom Zentralverband geschlossenen Holzarbeiter Deutschlands abgeschlossenen Tarifverträge die nachstehenden Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen vor:

- Berlin (Karrasserie- und Wagenfabrik August Romack).** Der Mindeststundenlohn beträgt ab 1. Juni für Steinhauer und Tischler im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit, sowie für Maschinenarbeiter unter drei Monate im Betrieb: 35 Pf. 36 Pf.; für über ein Jahr angeleitete Lehrlinge, Tischler und Polierer, sowie für selbständige Maschinenarbeiter über drei Monate im Betrieb: 40 Pf. 41 Pf.; für Lehrlinge und selbständige Tischler über drei Monate im Betrieb: 45 Pf. 46 Pf.; für selbständig selbständige Lehrlinge (Karrasserie) 50 Pf. 51 Pf. Sämtliche Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht.

Dortmund (Möbelfabriken Adrian, Vetter, Reiz und Hedder). Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 59 auf 57 Stunden vermindert. Die Stundenlöhne sämtlicher Arbeiter erhöhen sich um 2 Pf.

Münch (Schreinerergewerbe). Die wöchentliche Arbeitszeit wird ab 1. Juni von 58 auf 56 Stunden vermindert. Die Arbeitsverhältnisse sind je nach Hälfte auf Montag früh und Samstag Nachmittag gelegt worden. Der Durchschnittslohn der Schreiner erhöht sich von 48 auf 50 Pf. Die Löhne Tischler erhöhen sich um 2 Pf. Die Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht.

Cuxen (Betriebe der Schreiner-Zunangemeister). Der Durchschnittslohn der Schreiner und Maschinenarbeiter erhöht sich am 1. Juni von 39 Pf. auf 41 Pf. Die bisher bezahlten Stundenlöhne sämtlicher Arbeiter erhöhen sich um 2 Pf. Bei den Affordpreisen findet die Lohnveränderung keine Anwendung.

Cuxen (Möbelfabrik Gebrüder Kirshvink). Der Durchschnittslohn der Schreiner und Maschinenarbeiter erhöht sich am 1. Juni von 40 Pf. auf 42 Pf. Sämtliche Stundenlöhne werden um 2 Pf. aufgebessert. Auf die Affordpreise findet die Lohnveränderung entsprechende Anwendung.

Fredenhorst (Möbelfabriken Sandler & Co. und Tacke). Auf alle Stundenlöhne erfolgt am 1. Juni ein Aufschlag von 2 Pf.

Fulda (Schreinerergewerbe). Die Stundenlöhne sämtlicher Arbeiter werden am 1. Juni um 1 Pf. erhöht. Die Mindeststundenlöhne der Schreiner und Drechsler im Alter von 18 bis 20 Jahren, steigen von 34 auf 35 Pf.; die Mindestlöhne der im Alter von 20 bis 24 Jahren stehenden von 42 auf 43 Pf.; der Mindestlohn der über 24 Jahre alten Gehilfen erhöht sich von 48 auf 49 Pf.

Herford (Möbelfabriken). Der Durchschnittslohn der Tischler erhöht sich ab 1. Juni auf 51 Pf. pro Stunde; für Maschinenarbeiter, Pader, Montierer nach zweijähriger Beschäftigung als solche auf 44 Pf. Die bestehenden Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht. Die bestehenden Affordpreise, bei denen ein Verdienst von 55 Pf. pro Stunde durch einen Durchschnittsarbeiter nicht erzielt wird, werden so aufgebessert, daß der angeführte Lohn verdient werden kann.

Plattling (Orgelbauanstalt Ignaz Weise). Der Mindestlohn der Gehilfen vom 3. Gehilfenjahr an erhöht sich am 1. Juni um 1 Pf. und steigt von 39 auf 40 Pf. die Stunde. Der Mindeststundenlohn der Gehilfen vom 20. Jahre an erhöht sich von 41 auf 42 Pf. Die bisher bezahlten Stundenlöhne sämtlicher Gehilfen werden am 1. Juni um 2 Pf. erhöht.

Wörth a. M. und Amorbach (Holzwarenfabriken Caesar Fuhs & Co.). Alle Arbeiter über 16 Jahre erhalten eine Erhöhung des bisher bezahlten Stundenlohnes von 1 Pf. Der Mindestlohn für Arbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren erhöht sich von 22 auf 23 Pf.; für Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren von 26 auf 27 Pf.; für Küfer und Maschinenarbeiter über 20 Jahre, welche an Kreis-Horizontalfournier- und Trommelmaschinen, an S. L. Maschinen, Nagel- und Dedelmaschinen arbeiten, von 33 auf 34 Pf.; für Arbeiter an anderen Maschinen, sowie für Hilfsarbeiter und Hofarbeiter über 20 Jahre von 32 auf 33 Pf.

Zum Kampf im Münchener Wagenbauergewerbe. Die Arbeitgeber schrieben in einem Aufruf, den ihr Innungsorgan veröffentlicht, von einer „brutalen“ Arbeitsniederlegung, welche bei den Arbeitgebern geradezu verblüffend wirkte. Die Herren sind wirklich naiv. Wir müssen ihnen wegen der verblüffenden Arbeitsniederlegung die direkte Frage stellen: Warum wurden schon am 30. April bei der Ortskrankenkasse Gehilfen (z. B. die Arbeiter ganzer Betriebe) abgemeldet, obwohl erst am Samstag den 2. Mai der Streit zwischen der Gehilfen beschlossen wurde? Jedenfalls konnten manche Herren den Kampf nicht mehr abwarten. Nach dem Aufruf sollen innerhalb 10 Jahre die Löhne um 80% gestiegen sein. Danach müssen die Münchener Gehilfen vor 10 Jahren Hungerlöhne erhalten haben. Es wird auch behauptet, daß für 18jährige noch lernenden Gehilfen 56 Pf. Stundenlohn gefordert worden wäre. Aber haben denn die Gehilfen überhaupt etwas gefordert? Den bisherigen Tarif haben ja die Arbeitgeber selbst gekündigt. Da mußte doch angenommen werden, daß sie die Löhne für nicht ausreichend fanden. Oder glaubte man etwa, daß sich die Gehilfenschaft eine Verschlechterung bieten lassen würde? Da dürfte man sich verrechnen haben. Wenn den Gehilfen in dem betreffenden Artikel indirekt Faulheit vorgeworfen wird, so zeigen solche Anpöbelungen nur, auf welchem Niveau der Kampf seitens der Arbeitgeberchaft geführt wird. Es wird auch kaum der Beweis dafür erbracht werden können, daß Gehilfen seitens ihrer Kollegen zur passiven Resistenz aufgefordert wurden. Daß die Mindestlöhne für München nicht so horrend sind, wie die Arbeitgeber es darstellen versuchen, zeigt der bisher bestehende Tarif. Es wurden gezahlt für Kastenmacher 61 Pf., für selbständige Gehilfen 54 Pf., für Helfer 49 Pf., für Ausgelernte bis 2 Jahre nach der Lehrzeit 41 Pf.; das ist doch wirklich für Münchener Verhältnisse nicht zu viel. Wenn die Arbeitgeber jetzt Affordarbeit ohne einen garantierten Minimallohn einführen wollen, weil, wie sie in ihrem Aufruf behaupten, sie nicht mehr konkurrieren können, so reden die Tatsachen eine andere Sprache. Wir brauchen nur die Münchener Wagenbaubetriebe vor 10 Jahren mit den billigen Löhnen mit den Betrieben von heute zu vergleichen. Da sind weitere Beweise für die Rentabilität der Betriebe überflüssig. Die Arbeitgeber werden sich auch davon überzeugen können, daß ihr Liebeswerben um Arbeitswillige nutzlos ist. Ein tüchtiger Arbeiter hat es nicht nötig, sich zu Streikbrecherdiensten herzugeben; wer Streikbrecherdienste leistet, ist zumeist keiner von den tüchtigsten. Das Arbeitswillige schließlich für Arbeit liefern, dafür wird sich auch die Kundtschaft bedanken. Die Arbeitgeber arbeiten auch bereits mit sogenannten „schwarzen Listen“. Es soll kein Kollege der in den Ausstand getreten ist, auswärts Arbeit finden. Die Münchener Kollegen werden alle Opfer bringen, um den Sieg zu erringen. Sie bitten aber auch um die Unterstützung der Kollegen in den übrigen Städten, insbesondere durch Fernhaltung des Zugangs.

Der Abschluß eines neuen Tarifvertrages in Lindau gelang infolge des ablehnenden Verhaltens der Arbeitgeber sehr schwierig. Mehrere Verhandlungen beschäftigten sich mit dieser Frage, die letzte Verhandlung ist jedoch gänzlich gescheitert. Die Meister haben es, nach ihrem Verhalten zu schließen, wahrscheinlich auf einen Kampf abgesehen. Der erste Vertrag wurde im Jahre 1910 abgeschlossen und 1913 stillschweigend um ein Jahr verlängert. Die Jugendlöhne der Meister konnten von den Kollegen unmöglich angenommen werden. Diese sind den Arbeitgebern in der Vertragsdauer auf die ein sehr hohes Gewicht gelegt worden ist, entgegen gekommen, indem sie einen drei oder fünfjährigen Vertrag präferierten. Das bedeutet, daß Lindau in einer der beiden offenen Vertragsguppen, die in Zukunft im Holzgewerbe bestehen werden, eingereiht wird. Inzwischen gingen die Kollegen

wesentlich von ihren ursprünglichen Forderungen zurück. Die Arbeitgeber aber wollten den alten Vertrag unverändert weiter laufen lassen und jedes Jahr nur 1 Pf. Lohnerhöhung geben. Damit konnten sich die Organisationen schon deshalb nicht einverstanden erklären, als bei dem am 4. Mai d. J. in Rempten abgeschlossenen Vertrage eine Lohnerhöhung von 6 Pf. und eine Arbeitszeitverkürzung von 1 1/2 Stunden (auf 53 1/2 Stunden pro Woche) bei einem vierjährigen Vertrag erreicht wurde. In Lindau verlangten die Kollegen nur eine Verkürzung um 1 Stunde auf 55 Stunden. Wenn nun die Meister trotz des weiten Entgegenkommens der Arbeiterschaft eine Verständigung ablehnen, dann müssen sie die Folgen eben selbst tragen. Unsere Kollegen bitten wir Lindau so lange zu meiden, bis auch da wieder ein neuer Vertrag zu stande gekommen ist.

Die 10 stündige Arbeitszeit in Nichtenfels. In der letzten Nummer unserer Verbandszeitung berichteten wir, daß unser Verband an alle Korbgeschäfte mit der Forderung der Einführung der täglichen 10 stündigen Arbeitszeit herangetreten sei. Heute können wir berichten, daß die Forderung wie eine Bombe in Nichtenfels eingeschlagen hat. So etwas hatten die Arbeitgeber gar nicht für möglich gehalten. Schnelligt wurde ein Arbeitgeberverband gegründet, der die „verhehten Arbeiter“ zu Reison bringen sollte. Bei der Versammlung der Arbeitgeber müssen äußerst scharfe Töne gefallen sein und die Herren sind den Abend in später Stunde mit dem Bewußtsein heimgegangen, mindestens den Verband totgeredet zu haben. Aussperrungen, schwarze Listen usw. das sollte die Antwort der Arbeitgeber auf die Forderung sein. „40“, ja, wie einer sagte, „50 Jahre sind wir in Nichtenfels mit unsern Leuten gut ausgekommen, die Leute waren zufrieden. Wir dulden es nicht, daß wir sie von auswärtigen Leuten verhegen lassen“, so hörte man. „Mit dem Verband haben wir nichts zu tun; mit dem Sekretär erst recht nicht“, sagte ein anderer. Gerade dieser hatte wahrscheinlich vergesen, daß er jedesmal, wenn er nach Nürnberg kam, den Bezirksleiter aufsuchte, und ihn bat, doch in Saffanfahrt ein gutes Wort für ihn einzulegen, damit unser dortiger Genossenschaftsbetrieb auch Rohr bei ihm einkaufe. Die Arbeitgeber beschloßen, unter keinen Umständen mit dem Verbandssekretären zu verhandeln. Doch es kommt oftmals anders, wie beschlossen wird. Als der Bezirksleiter in alle Geschäften gemeinsam mit den Lohnkommissionen vorstellte, wurde, weigerte sich keine Firma zu verhandeln. Wohl verließen die Verhandlungen bei einigen Firmen etwas stürmisch hervorgehoben zu werden verdient, daß gegenüber der Schimpfereien einiger Arbeitgeber, das Verhalten der Direktion der Aktiengesellschaft vorteilhaft abfiel. Hier kommt wenigstens in Ruhe und Sachlichkeit, wenn auch unter Betonung der beiderseitigen Interessen, über die Frage verhandelt und auch eine Einigung erzielt werden. Das Resultat der ganzen Verhandlungen war trotz aller Schwierigkeit, doch, daß sich alle Firmen bereit erklärten, die 10 stündige Arbeitszeit einzuführen und den Lohnausgleich zu zahlen. Von verschiedenen Firmen wurde weiter eine Erhöhung der Löhne zugesichert. Bestimmtes darüber konnte indes bei keiner Firma festgelegt werden. Die Kollegen haben aber erreicht, was sie wollten. Jetzt gilt es unermüßlich an den Ausbau der Organisation zu schaffen, damit das Errungene hochgehalten werden kann und sich dem weitere Erfolge anreihen.

Schreinerstreik in Schaffhausen (Schweiz). Die Schreiner von Schaffhausen sind in den Streit getreten, weil die Schreinermeister die Arbeitszeit verlängern wollen. Das kam so. Die Meister haben dieses Frühjahr den Vertrag mit der Arbeiterschaft gekündigt. Aus welchen Gründen blieb unbekannt. Die tägliche Arbeitszeit an den Schreinerbetrieben und den verwandten Betrieben betrug laut Abmachung 9 Stunden. Kam war der Vertrag abgelaufen, da kamen die Meister mit einem neuen Vertrag, d. h. mit einer „Werkstattordnung“. Nach dieser sollte die Arbeitszeit 9 1/2 Stunden betragen. Diese Werkstattordnung mit der verlängerten Arbeitszeit konnte natürlich von den Arbeitern nicht ohne weiteres angenommen werden, sondern sie mußten unbedingt dagegen Stellung nehmen. Sie legten die Arbeit nieder. Die Meister sind nun auf der Suche nach Arbeitskräften. Eine Zahlreiche berichtet bereits, daß sie eine Anfrage von den Schreinermeistern in Schaffhausen erhalten habe. Es sei deshalb mitgeteilt, daß der Bezug von Schreiner- und Maschinenarbeitern nach Schaffhausen streng fernzuhalten ist.

Beendete Lohnbewegung der Sägewerksarbeiter Clee. Schwerer Arbeit und zum Teil hartnäckiger Kampf hat es bedurft um am Niederrhein die überlange Arbeitszeit im Holzgewerbe verbunden mit niedrigen Löhnen beseitigen und besseren Verhältnissen Platz zu machen. Heute ist im Schreinerergewerbe die 69 stündige und Wesel und Weeze, die 58 stündige wöchentliche Arbeitszeit bereits eingeführt, wo noch vor wenigen Jahren die 11 und 12 stündige Arbeitszeit im Sommer zu verzeichnen war. Erhalten hatte sich dagegen noch eine längere Arbeitszeit in den niederrheinischen Sägewerksbetrieben. Im Sägewerk der Firma Dorsemagen in Clee gelang uns bereits im vergangenen Jahr durch die Kinigkeit der beschäftigten Arbeiter, die bis dahin 11 1/2 stündige Arbeitszeit im Sommer auf 10 1/2 Stunden täglich zu verkürzen mit gleichbleibendem Tagelohne. Bei der nun erneut geleiteten Lohnbewegung gelang es weitere erhebliche Verbesserungen zu erzielen. Die Arbeitszeit wird sofort auf 62 1/2 und ab 1. Oktober d. J. dauernd auf 59 1/2 Stunden wöchentlich verkürzt, sodass täglich 10 und Samstags 9 Stunden gearbeitet wird. Die bisherigen Tagelöhne bleiben bestehen und werden um täglich 15 Pf. erhöht. Ueberstunden wurde erstmalig ein Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde erreicht; Zuschläge beim Ein- und Austragen in Schiffe und beim Holzflößen erneut festgelegt. Ironisch ist, dass dieser Erfolg auf friedlichem Wege erreicht werden konnte. Dieses war jedoch nur möglich durch die Kinigkeit und Geschlossenheit der Kollegen. Mögen die Kollegen anderorts sich daran ein Beispiel nehmen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Elbing. In der Nummer 20 bringt unsere Verbandszeitung eine Kollie über die „gewerkschaftlichen Erfolge von St. Berlin“ laut Arbeiterpräses Nr. 4 1914. Da hier auch die Erfolge der katholischen Holzarbeiterfachabteilung in Elbing erwähnt sind, erlauben wir uns, diese „Erfolge“ etwas näher zu beleuchten: Ein Tarif für Schneidmühlenarbeiter abgeschlossen von „St. Berlin“ besteht in Elbing nicht. Was es mit dem Erfolg auf sich hat, der 1906 erzielt wurde, mit dem man aber jetzt erst herausrickt, läßt sich schlecht feststellen. Der Tarif für Tischler ist nach bekannter „Berliner“ Taktik zustande gekommen. Die sozialdemokratische und die Tischler-Dunckerische Organisation schlossen am 8. März 1911 bei den zentralen Verhandlungen in Berlin mit dem Arbeitgeber-Schutzverband nach langen Verhandlungen einen Tarif ab. Als der Tarif den hiesigen Meistern übergeben wurde, machte sich der hiesige „Berliner“ Sekretär Nitsch eine Abschrift. Er besorgte sich durch gute Fürsprecher die Unterschriften der Herren vom Arbeitgeber-Schutzverband und der Tarif war fertig. Vor Jahren passierte schon einmal etwas Ähnliches. Ein Bittschreiben des Sekretärs Nitsch an den Magistrat, um Lohnzulage für einen Nachwächter war genehmigt worden. Nachdem berichtet man, den Laternenwärtern in Elbing habe St. Berlin eine Lohnaufbesserung bewirkt. So sehen die Lohnbewegungen von St. Berlin aus. Was Andere erringen, das schreibt sich auch „St. Berlin“ auf sein Erfolgskonto, ohne materielle und geistige Anstrengungen dabei zu haben. Wie St. Berlin zu den 5644 Holzarbeitern kommt, ist leicht erklärlich. Der ganze Verband ist jetzt nach Berufsgruppen gegliedert, ob die Leute Beiträge zur Fachabteilung zahlen oder nicht, ist gleich. Unter den Holzarbeitern befinden sich Tischlermeister, Holzhändler, Holzschläger und andere ehrenwerte Berufsangehörige, die nicht in eine Gewerkschaft von Holzarbeitern gehören. Im Osten Deutschlands steht der Gewerkschaftskampf in vollster Blüte und langsam aber sicher verliert auch hier „St. Berlin“ trotz seiner „Erfolge“ den Boden unter den Füßen.

Düren. Bei Beginn der besten Jahreszeit regt sich wieder die Wanderlust der Kollegen und auch mancher Einheimische wechselt seine Stelle. Da uns ziemlich Schwierigkeiten bei der Durchführung des im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifs gemacht werden, so ist es unbedingte Pflicht der Kollegen, bei Stellenwechsel erst bei der Ortsverwaltung vorzusprechen.

Reusstadt (Westpreußen). Nach längerem Schweigen, müssen auch wir wieder einmal unser Organ in Anspruch nehmen. Ende des letzten Jahres konnten wir berichten, daß in die Kollegenreise der Gossentiner Stuhlfabrik neues Leben eingeblasen war. In beträchtlicher Zahl traten die Stuhlarbeiter dem Verbande bei. Die Folge war eine Gegenmaßnahme der Direktion. Ein Werkverein sollte das Aufkommen des Verbandes verhindern. Auf schlaue Weise ging man ans Werk. Alljährlich wurde den Arbeitern zu Weihnachten ein Geldgeschenk verabfolgt, in Höhe von 10 bis 20 Mk. Das Geschenk war vom Verwaltungsrat festgesetzt und sollte jedem Arbeiter ausgehändigt werden. Jetzt brachte man das Geschenk in Verbindung mit dem Werkverein. Der Herr am Verband übte und durch die Unterzeichnung eines generellen Formulars sich dem gelben Werkverein angeschlossen — nur dem sollte der Stern der Weihnachtsfreude leuchten; der erhielt das Geschenk. Es ist moralisch sicherlich verwerflich, wenn man durch eine solche Mittel bemüht ist, bestmögliche Arbeiter, für die 10 bis 20 Mk. vielfach ein Vermögen sind, von der Fabrik abhängig zu machen. Letzteres gab die Werkleitung allerdings nicht offen zu; sie erklärte vielmehr: „Es ist uns gleichgültig, wo die Leute organisiert sind, ob im Verband oder im Fabrikverein! Wie die „Gleichgültigkeit“ der Werkleitung aussah, sollten einige Kollegen bald am eigenen Leibe verspüren, indem man sie, als sie dem Fabrikverein den Rücken kehrten, einfach kündigte und entließ. Unsere Kollegen betrachteten die Entlassungen als Schreckensfälle, zu dem Zweck die Arbeiterschaft zu verwirren und dem Fabrikverein Mitglieder zuzuführen. — Eiferfüchtig wird natürlich über all das gewacht, was seitens der Kollegen für den Verband geschieht. Trotz aller Maßnahmen können wir heute mit unserer Stellung als Gewerkschaftler zufrieden sein. Zwar haben wir nicht alle Arbeiter im Verband, aber wir haben allmählich eine geschulte Truppe gewonnen, die weiß was sie will. An einer vorwärts-tretenden Arbeiterschaft hat sicherlich jedes Unternehmen ein Interesse. Auch die Direktion der Gossentiner Stuhlfabrik dürfte das noch einmal einsehen. Dem Fabrikverein kehren unsere Kollegen den Rücken, weil es für einen denkenden Arbeiter unumwunden ist, seine Ständerechte zu verkaufen. Wenn die Direktion bei jeder Gelegenheit von einem „Blutnegativen in die inneren Betriebsverhältnisse“ spricht und sich das verbittet, dann kann uns das nicht abhalten, das einmal als richtig erkannte Ziel preiszugeben. Neben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Behandlung usw. haben wir nun einmal auf Grund der § 105 der Gewerbeordnung ein Wortchen mitzusprechen. Unsere Lösung in Reusstadt ist: Kopf hoch und gerade aus! Mögen einzelne Arbeiter ihr Geißel im Fabrikverein suchen, wo sie es gewiß nicht finden werden. Für uns existiert der Verband, — des Schwachen Schutz und Stärke. Ihm bleiben wir treu.

Sterbefall.

Heinrich Herzog, Schreiner, 38 Jahre alt, gestorben zu Essen (Ruhr).
Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter der Waggonindustrie.

Gerade Enttäuschung hat es in den Kreisen aller rechtlich Denkenden hervorgerufen, daß in den letzten Jahren eine Anzahl Betriebe, die im wesentlichen von den Aufträgen des Staates und der Gemeinden existieren, Arbeiter maßregeln, die von dem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch machten. Unter diesen Betrieben befinden sich einige Waggonfabriken. Das ist nicht verwunderlich, angesichts der Tatsache, daß sich der leitende Mann im Verbands deutscher Waggonfabriken Herr Geheimrat Regierungs- und Baurat Schrey, als Gegner der gewerkschaftlichen Organisation bekannt hat. Die neuesten Maßregelungen passierten bekanntlich jüngst auf dem Reichshofener Werk aus Anlaß der Gründung von Fachverbänden der christlichen Gewerkschaften. Die Angelegenheit kam bereits im elsass-lothringischen Landtag zur Sprache. Die Schließung des Reichstages hat leider verhindert, daß auch von dieser Stelle ein ernstlich Wort geredet wurde. Doch wird den Herren der Waggonindustrie, die es angeht, nicht

geschenkt werden, falls sie auf ihrem bisherigen Standpunkt beharren.

Im preussischen Abgeordnetenhaus schritt Abgeordneter Kollege Cronowski bei der dritten Lesung des Etats der Eisenbahnverwaltung am 19. Mai, das Kapitel „Waggonfabriken und Koalitionsrecht“ an. Er führte nach dem amtlichen Stenogramm u. a. aus:

„Bei jeder Beratung des Eisenbahnetats betont der eine oder der andere Redner mit einem gewissen Stolz, daß die preussische Staatsbahnverwaltung der größte Arbeitgeber der Welt ist. Meine Herren, wir beschäftigen insgesamt 600 000 Beamte und Arbeiter. Aber auch mit Befriedigung wird darauf hingewiesen, daß die Staatsbahnverwaltung einer der größten Abnehmer der deutschen Industrie ist, und das freut nicht nur persönlich, sondern wohl alle Mitglieder dieses Hauses. Für das laufende Etatsjahr sind 830 Millionen Mark für Erneuerung der Betriebsmittel usw. in den Etat eingestellt. Es steht fest, daß die Staatsbahnverwaltung eine sehr solide Rundschäft für die Fabrikanten und die Lieferanten darstellt: die Staatsbahnverwaltung zahlt im allgemeinen anständige Preise, sie ist ein sicherer Käufer, und wer ihr Vertrauen erlangt hat, kann auch dauernd auf Aufträge rechnen. Ich überreibe nicht, wenn ich sage, daß mancher Fabrikant in Deutschland seine Wohlhabenheit den dauernden Aufträgen der Staatsbahnverwaltung mehr oder weniger zu verdanken hat. Meine Herren, bedauerlich ist es aber, daß es Fabrikanten in unserem Vaterlande gibt, die zwar für die Eisenbahn liefern, aber in der Behandlung ihrer Arbeiter nicht in demselben Maße wohlwollend sind, wie die königliche Staatsbahnverwaltung. Meine Herren, ich habe hier folgende grundsätzliche Frage anzuschneiden: Wir sind wiederholt Klagen mitgeteilt worden, daß Fabrikanten und Lieferanten der Staatsbahnverwaltung das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter mißachten, ihre Arbeiter sogar zwingen, aus der christlichen Gewerkschaft auszutreten, oder aber die Arbeit zu verlassen. Das ist in hohem Maße bedauerlich, es ist sogar verwerflich, nicht nur vom moralischen, sondern auch vom rechtlichen Standpunkte aus. Ich sage dem Minister keine Schmeichelei, wenn ich behaupte, daß der Minister — allerdings mit einer Einschränkung — nicht nur das Koalitionsrecht seiner Angestellten und Arbeiter achtet und dafür sorgt, daß dieses Koalitionsrecht nicht untergraben wird, sondern er verhandelt auch mit den Beamten und Arbeiterschüssen als Chef der Verwaltung in sehr wohlwollender und menschlich-freundlicher Weise. Dieses Zeugnis können wir auch als Arbeiter dem Herrn Minister ruhig ausstellen: er achtet seine Beamten und Arbeiter als Staatsbürger. Mit Recht dürfen wir daher wohl verlangen, daß auch die Fabrikanten, die für die Eisenbahn liefern, ihre Arbeiter mindestens ebenso gut behandeln, wie die preussische Staatsbahnverwaltung die ihrigen! Weil sie das nicht alle tun, darum herrscht in manchen Fabriken der Privatindustrie eine berechtigte Erbitterung, an der die Eisenbahnverwaltung selbst nicht Schuld ist.“

Meine Herren, wir wollen uns heute nicht darüber unterhalten, ob es in Deutschland-Preußen einen Stand gibt, der das Koalitionsrecht entbehren will. Kein Stand wird auf die Organisation zur Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen verzichten wollen, und gerade die Lieferanten für die Eisenbahnverwaltung sind meines Wissens recht stark organisiert. Was diese für sich in Anspruch nehmen, das sollten sie auf jeden Fall ihren Arbeitern und Angestellten auch gestatten. Das geschieht leider nicht!

Wir wird aus christlichen Gewerkschaftskreisen mitgeteilt, daß der Generaldirektor der Danziger Waggonfabrik und Vorsitzender des Verbandes deutscher Waggonfabriken, Geheimrat Schrey, laut einem Flugblatt zu seinen Arbeitern bezüglich der Organisation folgendes gesagt hat:

„Ich bin kein Gegner der Verbände, aber ich bin der Ansicht, daß in meinem Betriebe keine Organisationen notwendig sind. In meinem Betriebe wird für die Arbeiterschaft bis in ihre Familie hinein gesorgt, und da haben meine Arbeiter es nicht notwendig, sich zu organisieren. Wer sich einer Organisation anschließt, der ist mein Freund nicht mehr, der muß die Fabrik verlassen.“

Meine Herren, verzeihen Sie den Ausdruck — außerhalb des Hauses würde ich sagen: es ist eine Unverschämtheit, so etwas zu sagen. Denn dieselbe Fabrikleitung, die selbst organisiert ist, droht ihren Arbeitern: ihr werdet entlassen, wenn ihr einer Organisation beitrete! Es ist außerdem auch nicht logisch gedacht von dem Herrn Geheimrat: er ist kein Gegner der Verbände, schmeißt aber die Mitglieder der Verbände hinaus. Gegen ein solches Verhalten erhebe ich auch im Namen meiner Parteifreunde den schärfsten Einspruch.“

Der Eisenbahnminister von Breitenbach, erwiderte dahin, daß die Eisenbahnverwaltung den Unternehmern keine Vorschriften bezüglich des Koalitionsrechtes machen könne. — Das ist gewiß richtig. Die Waggonfabriken können tun und lassen, was sie wollen. Sie können auf die Verhältnisse der Eisenbahnverwaltung hören oder nicht. Das steht ganz in ihrem Belieben. Insofern hat der Minister Recht, wenn er sagt, daß er den Waggonfabriken keine Vorschriften machen kann. Deshalb bleibt aber doch die Möglichkeit offen, daß die Eisenbahnverwaltung ihren Lieferanten zu verstehen gibt, sie wünsche von ihnen die gleiche Behandlung der Arbeiter, wie sie in den Betrieben der Eisenbahnverwaltung selbst üblich ist. Sind die Lieferanten nicht dafür zu haben, gut — dann darf auch die Eisenbahnverwaltung zur Erteilung von Aufträgen nicht zu haben sein. Was die Eisenbahnverwaltung tun kann, das ist die bessere Unterstützung derjenigen Werke, die das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter achten. Vielleicht würde es schon besser werden, wenn die Verhandlungen wegen der Aufträge der Eisenbahnverwaltung nicht mit den Verbänden der Waggonindustrie, sondern mit den einzelnen Werken geführt würden. Die Demoralisierung von einigen Werken, die ihren Arbeitern das Recht lassen, sich in unabhängigen nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften zu organisieren, läßt sich sehr wohl rechtfertigen. U. B. schreibt die Eisenbahnverwaltung den bahndienstlichen Güterbestimmern vor, daß sie keine Leute beschäftigen dürfen, die ordnungswidrig sind und sozialdemokratischen Bestrebungen huldigen. Mit demselben Recht kann die Eisenbahnverwaltung von den Waggonfabriken verlangen, daß sie nichts tun, was der sozialdemokratischen Agitation Vorschub leistet. Ohne Zweifel aber ist die Maßregelung von Leuten, die ihr gesetzlich gewährleitetes Recht ausüben, eine Maßnahme, die verbitternd wirkt, die Wasser auf die sozialdemokratische Mühle treibt.

Die Feinde des Koalitionsrechtes in der Waggonindustrie können versichert sein, daß der Kampf gegen sie solange energig weitergeführt wird, bis sie sich dazu bequemen, die staatsbürgerlichen Rechte ihrer Arbeiter anzuerkennen.

„Unchristlich und unnational“ hat jüngst der Herr Marquis von Goensbroeck die christlichen Gewerkschaften auf einer Tagung der deutschen Vereinigung in Saarbrücken gescholten. In einer Versammlung in Essen wurden die Vorwürfe wiederholt. Und warum sollen die christlichen Gewerkschaften unchristlich und unnational sein? 1. Weil sie den Birtschäftsrieden und damit die Solidarität der verschiedenen Gesellschaftsklassen stören; 2. weil sie oft mit den sozialdem. Organisationen zur Verfechtung ihrer Wünsche in einer gemeinsamen Kampfesfront sich befinden. Das ist alles. Nicht vergessen soll allerdings werden, daß Herr von Goensbroeck seine Anklagen mit Zitaten aus päpstlichen Enzykliken zu bekräftigen suchte. Da der Herr Marquis von der Gewerkschaftsbewegung genau soviel versteht, wie der Hahn vom Eierlegen, haben wir trotz jener warmen Bestürmung der Selben, keine Ursache, uns mit Goensbroeckischen Auslassungen des näheren zu beschäftigen. Wir registrieren lediglich in aller Kürze den Vorgang, um zu zeigen, was unter den Gegnern der christlichen Gewerkschaften heutzutage alles zu finden ist. Der Herr Marquis mag unsere Wege weiter reden. Auf irgend eine Weise muß er ja die Zeit totschlagen.

Selbe Logik. Die rheinisch-westfälischen wirtschaftsfriedlichen Gelben beschäftigten sich auf einer Vertretertagung mit den Richtlinien für die Wertvereinsbewegung. Der Vertretertag erklärte nach der „Rölnischen Zeitung“:

„daß auch die Wertvereine auf den Streik zwar nicht grundsätzlich verzichten, daß für sie aber das Mittel des Streiks nur von untergeordneten Werken sei, weil es überall da nicht gebraucht werde, wo ein Unternehmer und eine Arbeiterschaft zusammenwirken, welche die Bedeutung der volkswirtschaftlich feststehenden Aufgabe der überwiegenden Interessengemeinschaft richtig erkannt haben und nach dieser Erkenntnis verfahren. Der Streik erschüttere die Grundlagen der Erwerbsquelle sowie die bestehende Arbeits- und Interessengemeinschaft und schädige alle Beteiligten. In dieser Erkenntnis fassen die Bundesvereine von der Anlegung von Streikkassen ab.“

Man lehnt also „grundsätzlich“ nicht den Streik ab, wohl aber die Streikkassen: Wovon sollen dann aber die Mitglieder leben, wenn sie am streiken sind? Hofft man in diesem Falle schließlich auch noch bei den Arbeitgebern Hilfe zu finden?

Die christlichen Gewerkschaften in Oberschlesien. Zu einer großen Kundgebung hatten sich am 21. Mai über 1000 christliche Gewerkschaftler Oberschlesiens in Kattowitz eingefunden. Die Kollegen Giesberts und Schmidt-Berlin hielten Vorträge. Die imposante Versammlung zeigte der Öffentlichkeit, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke in Schlesien auf dem Vormarsch ist. Wie der Versammlungsleiter Kollege Ehrhardt anführte, beträgt die Zahl der christlichen Gewerkschaftler in Schlesien über 10 000. Was durch intensive Arbeit erreicht werden kann, zeigt insbesondere die Entwicklung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter im ober-schlesischen Industriegebiet. Noch im Jahre 1905 bezog hier der sozialdemokratische Maurerverband ein Tarifmonopol. Dieses wurde gebrochen. Zählte damals der christliche Bauarbeiterverband ungefähr 250 Mitglieder im Regierungsbezirk Oppeln, so sind es heute deren 3000. Der rote Verband hatte damals 2600 Mitglieder und heute etwas über 1700. Selbst wenn man die Zimmerer hinzu zählt, sind 1000 christlich organisierte Bauarbeiter gegenwärtig mehr vorhanden. — Zu wünschen wäre nur, daß das Beispiel der Bauarbeiter bei unseren Kollegen Nachahmung findet.

Ludwig Schröder, der populärste Mann in der sozialdemokratischen Bergarbeiterbewegung ist dieser Tage in Bochum gestorben. Sein Tod ruft manche Erinnerungen an den großen Streik der Ruhrbergarbeiter im Jahre 1889 nach. Schröder bestand sich damals unter den drei Bergarbeiterführern, die zum Kaiser fuhren, um über den Streik zu berichten. Das Geld für die Reise erhielten sie von wohlmeinenden bürgerlichen Politikern. Als der Kaiser auf die Beziehungen der Sozialdemokratie zum Streik zu sprechen kam und bei dieser Gelegenheit nach dem positiven Glaubensbekenntnis der drei Delegierten fragte, versicherten diese ehrenwürdig, keine Sozialdemokraten zu sein. Nach der Audienz begab sich die Delegation gleich zum sozialdem. Abgeordneten Liebschütz, um diesen Bericht zu erstatten. Das gegebene Ehrenwort bot nicht die geringste Gelegenheit zu stolpern. Es stellte sich immer mehr heraus, daß die Kaiserdelegierten waschechte Sozialdemokraten waren. Schröder, der einer Tochter gar den Namen Kassaline beigelegt hatte, bemühte sich auch nach bestem Können, die Bergarbeiterbewegung in das sozialdem. Lager zu treiben. Das ist ihm zum Teil gelungen. Die Gründung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter im Jahre 1894 wurde so zu einer unbedingten Notwendigkeit. Wäre die Einigkeit der Bergarbeiter nicht durch die sozialdem. Agitation gebrochen worden, vielleicht hätte dann die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung eine andere Entwicklung genommen.

Soziale Rundschau.

Die Wahlen zu den Ausschüssen der Jubiläums-Verkehrsanstalten und zu den Oberverwaltungsämtern.

Wahlankündigungen.

Wenn die Wahlen zu den Versicherungsämtern, die ja allmählich noch im Gange sind, beendet, werden die neu gewählten Mitglieder der Versicherungsämter ebenfalls in die ehrenvolle Lage kommen, ein doppeltes Wahlrecht auszuüben. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe u. B. kündigt im „Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung“ (vom 12. Mai 1914) in einer Verfügung an die Oberpräsidenten die Wahlen zu den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten bereits an. Auch stellt er den Oberpräsidenten schon die „Wahlanforderung“ gedruckt zur Verfügung. Außerdem bringt der Minister einen Abdruck zur Kenntnis, in dem die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen werden, daß die Wahlen zu den Ausschüssen der Arbeitgeber und Versicherungsvertreter an den Landesversicherungsämtern

so zeitig zu beginnen hätten, daß die Aufforderung an die wahlberechtigten Beisitzer an den Versicherungsämtern spätestens Anfang Juli 1914 ergehen kann, damit die Neugewählten ihr Amt am 1. Oktober 1914 antreten können.

Ausschuß der Landesversicherungsanstalten. Jede Versicherungsanstalt hat einen Ausschuss. Er besteht je zur Hälfte aus Vertretern der beteiligten Arbeitgeber und Versicherer und zählt mindestens zehn Mitglieder.

Die Oberpräsidenten werden demnach die amtliche Wahlordnung erlassen und die Versicherungsvertreter auffordern, Vorschlagslisten bis zu einem bestimmten Termin einzureichen.

Die vom Deutschen Arbeiterkongress beauftragte oberste Wahlleitung wird in jedem Bezirk einer Invalidenversicherungsanstalt einen sachkundigen Wahlleiter mit der Aufstellung der Kandidatenlisten, die möglichst alle Gebiete der Anstalt betreffen, betrauen.

Aufgaben der Ausschüsse an die Invalidenversicherungsanstalten.

Dem Ausschuss bleibt vorbehalten: 1. die nichtbeamteten Vorstandsmitglieder der Anstalt zu wählen; 2. den Vorschlag, Einnahmen und Ausgaben für das kommende Geschäftsjahr festzusetzen; 3. die Jahresrechnung abzunehmen; 4. die Satzung zu ändern.

Der Vorstand bedarf auch der Zustimmung des Ausschusses zur Bildung von Rückversicherungsveränden (§ 1354 R.V.D.).

Aus der vorstehenden kurzen Skizzierung der Aufgaben des Ausschusses ist ohne weiteres seine Bedeutung ersichtlich. Wenn man sich noch vergegenwärtigt, welche tiefgreifenden Rechte der Vorstand der Landesversicherungsanstalt, der ja von den Anstaltsmitgliedern gewählt wird, hat, dann ist wohl jedem Wähler die hohe Bedeutung der kommenden Ausschusswahl für die Arbeiterschaft klar.

Die Wahlen der Vertreter an den Versicherungsämtern sind in vollem Gange. Durchweg zeigt sich die bei den Krankenkassenwahlen errungene gute Position der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auch hier. Einige Enttäuschung brachten nur verschiedene Kreise im Ruhrrevier, wo der Ausschuss der Krankenkassenwahlen sich in keiner Weise mit den Vertreterwahlen an den Versicherungsämtern deckt.

triebkrankenassen 2); Düsseldorf-Stadt 3:4 (Hirsch-Dunker 1); Düsseldorf-Land 2:3 (Hirsch-Dunker 1); Essen-Stadt 4:4; Essen-Land 3:3; Gelsenkirchen-Stadt 3:3; Gelsenkirchen-Land 1:5; Herford-Stadt 2:4; Herford-Land 4:2; Iserlohn-Land 6:0; Ramens (Sachsen) 2:4; Landau-Stadt 3:3; Lennep 3:3; Mülheim (Rhein)-Stadt 3:3; M.-Gladbach-Stadt 5:1; Minden 4:2; Neustadt i. S. 2:4; Pirmasens 3:3; Remscheid 0:8; Rheidt 5:1; Sch.-Gmünd 4:2; Straubing 4:2; Stuttgart 3:9; Wierfen 6:0; Wittau (Sachsen) 2:4.

Lohnsteigerungen und Verteuerung der Lebenshaltung. Schon wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß die letzte Hochkonjunkturperiode der Mehrzahl der Arbeiter keine der Verteuerung der Lebenshaltung angepasste Mehreinnahme an Lohn gebracht hat. Obgleich alle Statistiken über die Entwicklung der Preise in Zusammenhang mit der Lohnhöhe mehr oder weniger Mängel haben, läßt sich doch mit ihrer Hilfe ein ungefähres Bild der Entwicklung gewinnen.

Das sozialdemokratische Ideal. Die Kölnische Zeitung gibt folgende Probe italienischen Humors zum besten: „Die jungen, von einem glühenden Reformeifer besessenen Männer waren zusammengekommen und waren wieder einmal einstimmig der Ueberzeugung, daß es in der Welt immer schlechter wird, und daß sie von Grund auf reformiert werden müßte, als sich ein alter Mann mit finsterner Miene erkob und sagte: „Wenn ich nicht irre, so wollt ihr jungen Leute eine Welt, in der alle dem Gesetz gehorchen müssen, wo alle ihr Kleid und ihre Speise zugeteilt erhalten, ohne selbst dafür sorgen zu müssen, wo es kein Geld gibt, wo alles nach der Regel geht, ohne die geringste Unordnung und ohne den aufreibenden Konkurrenzkampf. Ist es nicht so?“ „Gewiß“, riefen die jungen Leute. „Aun, ich komme gerade von einem Ort, der

so ist, wie ihr ihn wollt.“ „Wirklich? Wo ist er? Könnte wir da auch hingehen?“ „O gewiß“, sagte der Alte, „da Ort ist das Gefängnis.“

„Das Karneval.“ Vor dem Schwurgericht zu Halle hatten sich die Kaufleute Waltherr und Brückner wegen Konkursverbrechen zu verantworten. Die Angeklagten hatten im Februar 1913 in Merseburg eine Möbelfabrik errichtet.

Die Arbeiter waren also die eigentlich Schuldigen. Nehmen wir an, daß alle Arbeiter gleichmäßig nichts taugten, so hätte jeder in der siebenmonatlichen Blütezeit der Fabrik der Unternehmern mindestens 2000 Mk. Schaden verursacht.

Der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe, hält seine diesjährige Generalversammlung am 20. Juni in München ab. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Stellungnahme zu den kommenden Tarifverträgen und: die neuen Handelsverträge und ihre Wirkung auf das Holzgewerbe.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Der kollegiale Kuffel. Herr Knieß, der Kasseler Tischler-Obermeister, berichtet in seiner Eigenschaft als Gauleiter des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, regelmäßig in der „Fachzeitung“ über seine Versammlungstouren.

„In Uelzen war der Besuch nicht gut, es ist den Kollegen dort nachzufühlen, daß sie verärgert sind, eine kleinere Stadt mit Uelzen und 55 Pfg. Durchschnittslohn ist ja auch unerhört.“

Die Ausführungen sind nichts weiter als eine Verbrügelung des Herrn Rahardt, der bekanntlich bei der Fällung des Schiedsspruch im vergangenen Jahre der Vertrauensmann des Freiherrn von Werlepsch war.

Aus dem gewerblichen Leben.

Es wird gerechnet! Beim Neubau des Oberpostdirektionsgebäudes in Köln schwankten die Submissionsangebote für Türen zwischen 36 861 Mk. und 13 946,50 Mk., für Abotwände zwischen 8052,20 Mk. und 4229,10 Mk., für Fußleisten zwischen 7111,64 Mk. und 3778,63 Mk.

Die Ostdeutschen Sperrplattenwerke A. G. in Berlin, haben in Bromberg, 10 Morgen Land an der schiffbaren Brahe angekauft. Es soll daselbst eine größere Fabrik errichtet werden.

Die Bau- und Holzindustrie Graf Hilbrandt A.-G. in Königshagen verteilt für das letzte Geschäftsjahr 4 Prozent Dividende.

Briefkasten.

Für die nächste Nummer des „Holzarbeiter“ ist bereits am Samstag, den 30. Mai mittags 12 Uhr Redaktionschluss. Nach Auffig. Bezahlt bis Ende Juni.

Adressenveränderungen.

Heilbrunn. V. Franz Fischer, Schreiner, Erlendach. D. A. Redarsulm.

Die gemeinnützige Volksversicherung

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften... Die gemeinnützige Volksversicherung D. A. G. stellt unter ständiger Kontrolle eines Reichsausschusses... nicht überlegen.

W. rigen der Zahlstellen. Bremen. Am 15. Mai hat unsere Zahlstelle ihre Geschäftliche Dienstverhältnisse... 25. 1914.

Meisterkurse für Tischler zu Köln (Ubierring 40). Beste und kürzeste Gelegenheit zur Weiterbildung und zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung. An den Provinzial-Meisterkursen zu Köln beginnt der nächste 8wöchige Meisterkursus für Tischler am 15. Juni 1914.

Eingelegte Journiere für Nähtische, Schattellen und Füllungen. Außerbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. Gustav Biker, Marquettens, Heidelberg, Theaterstraße 7.